

#JUKON12- Report

GENERATION ZUKUNFT.
ZUKUNFT NRW.

Abschlussbericht

September 2012



www.nrw.de/jukon12

#JUKON12- Report

September 2012

<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
I. Präambel	6
II. Das war die #JUKON12	7
III. Die Abschlussberichte	9
1) <i>Gleiche Chancen für alle</i>	<i>10</i>
2) <i>Schule der Zukunft</i>	<i>20</i>
3) <i>Die Arbeitswelt von morgen</i>	<i>30</i>
4) <i>Wissen schafft Chancen</i>	<i>44</i>
5) <i>Besser alt werden</i>	<i>59</i>
6) <i>Unsere Energie der Zukunft</i>	<i>67</i>
7) <i>Freiheit und Eigentum im Internet</i>	<i>79</i>
IV. Zusammenfassung der Ergebnisse	83

I. Präambel

Junge Menschen wollen mitreden, wenn es um die Zukunft unserer Gesellschaft geht. Denn es ist *unsere* Zukunft. Wenn wir nicht wollen, dass Politik über unsere Köpfe hinweg gemacht wird, dann müssen wir auch bereit sein, uns einzumischen. Diesen Anspruch stellen wir an uns selbst. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat uns mit ihrer Jugendkonferenz, der #JUKON12, die Möglichkeit gegeben, uns in die Landespolitik einzubringen. Wir haben auf der Online-Plattform zur #JUKON12 miteinander über unsere Zukunftsvorstellungen und über unsere Forderungen an die Landespolitik diskutiert. Auf der Konferenz am 21. August in Essen konnten wir mit Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, zahlreichen Mitgliedern der Landesregierung sowie Expertinnen und Experten über die Themen sprechen, die uns wichtig sind.

Als Ergebnis legen wir diesen #JUKON12-Report vor. Er fasst die Diskussion der Jugendkonferenz in Essen und die Online-Diskussion der #JUKON12-Community zusammen. Der #JUKON12-Report ist ausschließlich aus der Diskussion der jugendlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Jugendkonferenz entstanden. Die hier vorgelegten Berichte wurden von den Sprecherinnen und Sprechern der sieben Denkräume geschrieben. Wir danken der Landesregierung und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, die uns auf der Jugendkonferenz in Essen zugesagt hat, dass dieser #JUKON12-Report im Kabinett von den Mitgliedern der Landesregierung beraten wird. Wir sind dabei, wenn es um die Zukunft unseres Landes, wenn es um unsere Zukunft geht.

II. Das war die #JUKON12

Im Rahmen des IdeenParks 2012 fand am 21. August 2012 in Essen die #JUKON12 statt, die Jugendkonferenz der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Rund 300 junge Menschen zwischen 16 und 23 Jahren diskutierten mit Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, Ministerinnen und Ministern sowie Expertinnen und Experten darüber, wie sie in Zukunft leben, lernen, arbeiten möchten. Zuvor waren die Themen der #JUKON12 schon seit Ende Juni 2012 auf der Online-Plattform zur Jugendkonferenz (www.nrw.de/jukon12) diskutiert worden. Über 3.000 Beiträge wurden dazu verfasst. Im Mittelpunkt standen drei Themenschwerpunkte: Zukunft Bildung. Zukunft Forschung. Zukunft Wirtschaft.

Acht Mitglieder der Landesregierung, ein Staatssekretär sowie zahlreiche Expertinnen und Experten standen den Jugendlichen in sieben Workshops – sogenannten Denkräumen – am 21. August 2012 in Essen Rede und Antwort.

Dabei ging es in den Denkräumen um folgende Themen:

- 1) „Gleiche Chancen für alle: Vision, Illusion oder lösbare Aufgabe?“
– mit Ministerin Ute Schäfer, Alexandra Horster (Landesvorsitzende des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend), Thomas Laue (Chefdramaturg am Schauspielhaus Bochum)
- 2) „Schule der Zukunft – leistungsstark, vielfältig, gerecht! Wie und was sollen wir für die Zukunft lernen?“ – mit Ministerin Sylvia Löhrmann, Prof. Dr. Gabriele Bellenberg (Professorin für Schulforschung und Schulpädagogik sowie Geschäftsführende Direktorin am Institut für Erziehungswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum), Prof. Dr. Ulrich Deinet (Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Fachhochschule Düsseldorf)
- 3) „Die Arbeitswelt von morgen: Wie wollen und wie werden wir in Zukunft arbeiten?“ – mit Minister Guntram Schneider, Dr. Rudolf Carl Meiler (Leiter Personalstrategie, Recruiting und Personalentwicklung ThyssenKrupp Steel Europe AG), Bernd Fesel, Europäisches Zentrum für Kreativwirtschaft)
- 4) „Wissen schafft Chancen: Wie kann uns Forschung helfen, eine lebenswerte Zukunft zu gestalten?“ – mit Ministerin Svenja Schulze, Prof. Petra Schweizer-Ries (Nachhaltigkeitswissenschaft mit sozialwissenschaftlicher Ausrichtung, Institut für Zukunftsorientierte Kompetenzentwicklung, Hochschule Bochum), Prof. Dr. Karlheinz Brandenburg (Leiter des Fachgebietes Elektronische Medientechnik, Direktor des Fraunhofer-Instituts für Digitale Medientechnologie)

- 5) „Besser alt werden: Wie willst Du in 50 Jahren leben?“
 – mit Ministerin Barbara Steffens, Prof. Barbara Schwarze (Vorstandsvorsitzende des Kompetenzzentrums Technik-Diversity-Chancengleichheit e.V., Bielefeld), Prof. Dr. Dr. Klaus Dörner (Mediziner, Sozialpsychiater)
- 6) „Unsere Energie der Zukunft: Wie decken wir unseren Energiebedarf?“
 – mit Minister Garrelt Duin und Minister Johannes Remmel, Sven Becker (Geschäftsführer Trianel GmbH), Prof. Dr. Manfred Fishedick (Vizepräsident und Forschungsgruppenleiter Zukünftige Energie- und Mobilitätsstrukturen, Wuppertal Institut)
- 7) „Freiheit und Eigentum im Internet: Alles gratis und zwar für alle – geht das?“
 – mit Minister Thomas Kutschatj und Staatssekretär Dr. Marc Jan Euemann, Falk Lüke (Journalist und Mitgründer des Digitale Gesellschaft e.V.), Dr. Martin Kessen (Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesverfassungsgericht, bis vor kurzem Richter am Oberlandesgericht Köln, Spezialist für Urheberrecht)

Nach Abschluss der Jugendkonferenz wurden die von den jeweiligen Denkraum-Sprecherinnen und -Sprechern zusammengefassten Diskussionsergebnisse auf der Online-Plattform zur #JUKON12 veröffentlicht, um allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit zu geben, an der Ergebniszusammenfassung mitzuwirken. Hieraus entstand dieser ABSCHLUSSBERICHT, der #JUKON12-Report. Er spiegelt neben der Diskussion am 21. August 2012 auch die Online-Diskussion wider und leitet daraus Empfehlungen an die Landespolitik ab. Denn: Die Konferenz ist zwar vorbei. Aber die Diskussion ist nicht zu Ende. Mit diesem #JUKON12-Report erhält die nordrhein-westfälische Landesregierung eine Reihe von Thesen und Empfehlungen, um zu prüfen, was sie davon in welcher Form in die politischen Prozesse einbringen kann.

Die Sprecherinnen und Sprecher aus den Denkräumen der Konferenz werden den #JUKON12-Report außerdem auf einem Fachkongress des Landesjugendrings NRW am 26. September 2012 in Essen vorstellen. Der #JUKON12-Report wird damit Teil der Kampagne „umdenken-jungdenken“ des Landesjugendrings. Ziel dieser Kampagne ist die Entwicklung und Umsetzung einer eigenständigen Jugendpolitik. Unter der Schirmherrschaft von Jugendministerin Ute Schäfer werden über 200 Vertreterinnen und Vertreter aus Jugendarbeit, Politik und Wissenschaft auf der Fachkonferenz des Landesjugendrings NRW über eine Eigenständige Jugendpolitik in Nordrhein-Westfalen diskutieren. Sie formulieren zugleich Fragestellungen für die regionalen Jugendkonferenzen in ganz Nordrhein-Westfalen, die sich ab Winter 2012 anschließen.

III. Die Abschlussberichte

Die nachfolgenden Abschlussberichte geben die Meinungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der #JUKON12 wider. Sie wurden im Nachgang zur Konferenz am 21. August 2012 in Essen von den Sprecherinnen und Sprechern der jeweiligen Denkräume zusammengefasst und online zur Diskussion gestellt.

TITEL DES DENKRAUMS

„Gleiche Chancen für alle: Vision, Illusion oder lösbare Aufgabe?“

LEITFRAGEN DES DENKRAUMS

Gesellschaft der Zukunft – gleiche Chancen für alle (?)

- Vision, Illusion oder lösbare Aufgabe?
- Was zählt für Dich in unserer Gesellschaft? Nur der spitze Ellenbogen oder auch die ausgestreckte Hand?
- Wie schaffen wir es, dass alle gute Startchancen haben?

Wir sind uns einig: In einem demokratischen und reichen Land wie Deutschland muss es unser Ziel sein, dass jede und jeder die Chance erhält, seinen Platz zu finden, sich zu entfalten und ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben zu führen.

Da stellt sich die Frage: Wie nahe sind wir dran an diesem Ziel? Der Leistungsdruck nimmt überall zu, nicht nur in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt, auch in der Schule, in der Ausbildung und im Studium. Von den Einzelnen wird immer mehr erwartet und nicht alle können überall Spitzenleistung bringen. Denn wir bringen unterschiedliche Fähigkeiten mit. Außerdem hat nicht jeder eine Familie, die einen fördern und bei Bedarf auch finanziell unterstützen kann.

Daraus ergeben sich viele weitere Fragen, von denen hier nur einige wenige formuliert werden sollen:

- Sind gleiche Startchancen für alle ein unerreichbares Ideal, gar eine Illusion? Oder eine positive Vision und lösbare Aufgabe? – Wer kann was tun, damit wir dieses Ziel erreichen?
- Folgen wir dem Ideal der Solidarität, nach dem der Starke dem Schwachen hilft? Oder ist jeder seines eigenen Glückes Schmied?
- Welche Rahmenbedingungen müssen erfüllt sein, damit Du Dich für andere engagierst?
- Was kann oder muss der Staat leisten? Wo sollte er sich gezielt engagieren und investieren?
- Welche Aufgaben hat hier unser Bildungssystem, haben Schule und die vielen unterschiedlichen Orte der außerschulischen Bildung?

- Welche Rolle spielen Kirchen, Gewerkschaften und die Organisationen der Jugendarbeit in Zukunft? Was können Vereine tun, beispielsweise im Sport?
- Welche Rolle nehmen Künstlerinnen und Künstler und Kunst und Kultur ein, wenn es um die Förderung von Chancen, Ideenreichtum und Kreativität geht?

FACHLEUTE DES DENKRAUMS AM 21. AUGUST

- **Ute Schäfer**, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen
- **Alexandra Horster**, Landesvorsitzende des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend
- **Thomas Laue**, Chefdramaturg am Schauspielhaus Bochum

SPRECHER, MODERATOR UND COMMUNITY-MANAGER

- **Moderatorin:** Tahereh Shasawari
- **Community-Manager:** Oliver Hohengarten
- **Sprecherin:** Christine Freye

ABSCHLUSSBERICHT DER SPRECHERIN

1. Chancengleichheit

a) Chancengleichheit – Illusion oder lösbare Aufgabe?

Nach einer kurzen Vorstellung von Frau Ministerin Ute Schäfer, Alexandra Horster und Thomas Laue sind wir mit der zentralen Leitfrage unseres Denkraumes in die Diskussion gestartet. Frau Shasawari fragte die Jugendlichen, ob gleiche Chancen für alle in der heutigen schnelllebigen Zeit überhaupt noch möglich seien, oder ob dies eine Illusion sei. Bei einer Abstimmung wurde diese Frage von „fast“ jedem Teilnehmer unseres Denkraumes beantwortet.

Unser Ergebnis war, dass ca. zwei Drittel der Teilnehmer davon überzeugt sind, dass es möglich sei, eine Gesellschaft zu schaffen, in der jeder die gleiche Chance bekommen könne, seinen Platz innerhalb der Gesellschaft zu finden – egal welche persönliche, finanzielle oder gesellschaftliche

bzw. familiäre Situation vorhanden sei. Die Befragten stellten aber heraus, dass die Lösung dieser Aufgabe ein sehr langwieriger und auch finanziell aufwendiger Prozess werden würde.

Die anderen (ca. ein Drittel der) Teilnehmer sind der Meinung, dass es eine Utopie sei, eine Gesellschaft zu schaffen, in der jeder gleiche Chancen bekommen könne bzw. habe. Sie hielten dies aus unterschiedlichen Aspekten, wie u.a. der finanziellen und familiären Situation sowie auch durch die persönliche Bildung, für ein unerreichbares Ziel.

„Chancengleichheit ist eine Illusion. Es gibt viel zu viele Unsicherheitsfaktoren.“

Ein Teilnehmer enthielt sich der Abstimmung, da es sehr schwierig sei, eine Gesellschaft zu schaffen, in der jeder dem anderen auch seine persönlichen Chancen gewährt. Erst müsse man die Gesellschaft in dieser Hinsicht weiter sensibilisieren, da diese Sensibilisierung die wichtigste Voraussetzung sei, um eine gewisse Chancengleichheit zu erreichen.

„Es darf nicht so starke Unterschiede im Wohlstand geben. (...) nur wenn sich die Voraussetzungen ändern, ist Chancengleichheit möglich.“

b) Möglichkeiten zur Schaffung von Chancengerechtigkeit

Nachfolgend diskutierten wir verschiedene Möglichkeiten, wie wir es schaffen können, dass jeder gleichrangig behandelt wird. Wir kamen nach einer spannenden und interessanten Diskussion zu dem Ergebnis, dass es das Ziel sein solle, eine Gesellschaft zu schaffen, in der jeder annähernd die gleichen Chancen bekommen bzw. auch erreichen kann.

- Daher fordern wir, dass man das klassische Dreigliedrige Schulsystem abschafft, da dies durch die Einteilung in Haupt- und Realschule sowie in Gymnasium und durch die unterschiedliche Lehrvermittlung (Themen usw.) gleiche Chancen für viele verwehrt werden. Nach unserer Meinung muss man daher anstatt auf das Dreigliedrige auf das Schulsystem der Gesamtschule zurückgreifen, um jedem die Chance zu ermöglichen auch einen höheren Schulabschluss zu erreichen. Da nach unserer Meinung das dreigliedrige Schulsystem eine Verteilung der Schüler und Schülerinnen nach Äußerlichkeiten (Nationalität, Familienstand, finanzielle Situation) hervorbringt und nicht die erbrachte bzw. mögliche Leistung der Schüler dabei beachtet wird.
- Daneben muss jeder Jugendliche bzw. junge Erwachsene an einer persönlichen Berufsberatung verpflichtend teilnehmen, wodurch jedem

individuell seine Chancen bzw. Berufschancen aufgezeigt werden sollen.

„Wie soll ich denn meine Chancen selber wissen?“

- Des Weiteren soll der Einsatz von Sozialarbeitern an Schulen verstärkt werden, um Probleme an Schulen auch innerhalb der Schüler/Klassen zu lösen bzw. vorzubeugen.
- Überdies fordern wir, Bafög und anderer Formen der staatlichen Unterstützung weiter und zugleich stärker auszubauen, um jedem die Chance zu geben seinen Bildungshorizont, z.B. durch ein Studium zu erweitern bzw. die Möglichkeit geben, auch höhere Bildungsinstitutionen besuchen zu können.
- Ferner muss ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren zur Chancengleichheit von Mann und Frau eingeführt werden, da man dadurch die erste objektive persönliche Bewertung, durch bestimmte Faktoren der Bewerber (z.B. Geschlecht, Nationalität) ausschließen kann. Um diese, ebenfalls auch kostenaufwendigen Maßnahmen zu finanzieren, üben wir den Vorschlag, dass man eine sog. „Reichensteuer“ einführt, um unter anderem auch der gesellschaftlichen Spanne zwischen Armut und Reichtum entgegen zu wirken, da die Einnahmen der „Reichensteuer“ ausschließlich Projekten für Chancengleichheit und einer besseren Gesellschaft zugute kommen sollen.

2. Gesellschaftliches Miteinander

a) Wie wichtig sind uns gesellschaftliche Werte?

Danach befassten wir uns mit der Frage, wie wichtig gesellschaftliche Werte, wie z.B. Toleranz, Solidarität, Respekt und Vorurteilsfreiheit in einer globalisierten und multikulturellen Gesellschaft sind.

„Jeder kennt diese Werte in der Theorie, bloß in der Praxis werden diese leider zu selten beachtet.“

Wir alle sind davon überzeugt, dass gerade solche gesellschaftlichen Werte (wie oben genannt) heute zu stark in Vergessenheit geraten seien und dass man diese Werte wieder fördern muss. Daher stellten wir uns die Frage, wie wir es schaffen können, diese Ideale bestmöglich zu verbreiten

bzw. zu vermitteln, um ein angenehmes gesellschaftliche Miteinander zu schaffen.

b) Möglichkeiten zur Förderung und der Vermittlung von Werten und Normen einer Gesellschaft

Nach einer kontroversen Diskussion sind wir zu der Lösung gekommen, dass man die gesellschaftlichen Werte bzw. deren Vermittlung fördern muss, wo man diese am besten erlernen kann bzw. dort, wo man sie im Alltag benötigt – im sozialen Umfeld.

„Die Gemeinschaft ist mitverantwortlich, also wir alle, Werte und Miteinander zu lernen.“

- Demzufolge sind wir zu dem Entschluss gelangt, dass man diese Werte am besten den Kindern im frühkindlichen Alter vermitteln muss. Daher unterbreiten wir den Vorschlag, dass spezielle Förderangebote den Tageseinrichtungen zugute kommen, wie z.B. Spezialisierung/ Fortbildungen für die Mitarbeiter bzw. der Erzieher, um den Kindern die gesellschaftlichen Werte „spielerisch“ beizubringen bzw. die Kinder in dem Erlernen dieser Werte zu unterstützen.

„Toleranz muss im Kindergarten schon anfangen.“

- Darüber hinaus muss man die Eltern bei der Vermittlung von positiven Normen unterstützen, sodass die Kinder auch in ihrem näheren sozialen Umfeld diese weiter erlernen, vertiefen und auch praxisnahe Erfahrungen sammeln können. Dies fördert das Aneignen von gesellschaftlichen Werten.

„Wir müssen in der Schule diese Werte schon vorleben und in den Schulen lehren!“

- Des Weiteren denken wir, dass es sinnvoll ist, auch in der Schule bestimmte positive Werte zu vermitteln, da die Kinder bzw. Jugendlichen ständig mit gesellschaftlichen Normen positiver und negativer Art konfrontiert werden. Aufgrund dessen ist es angebracht die positive Wertevermittlung, wie z.B. Toleranz und Respekt im Schulalltag zu integrieren bzw. aufleben zu lassen. Zudem sollten negative Werte wie z.B. Rassismus, Rechtsextremismus stärker im Unterricht behandelt werden, um den Schülern die daraus resultierenden nachteiligen Folgen für die Gesellschaft bzw. das gesellschaftliche Miteinander aufzuzeigen.

„Wir müssen stärker gegen Rassismus und rechts ankämpfen, denn die rechten Parteien, wie die NPD vermitteln auch Werte.“

- Außerdem soll der gesellschaftliche Austausch unter Jugendlichen gefördert werden. Das heißt, dass ein stärkeres Angebot von Aktivitäten mit Teilnehmern aus unterschiedlichsten Kulturen und gesellschaftlichen Schichten gefördert werden muss. Da wir der Ansicht sind, dass man dadurch bestimmte Werte unabhängig von der jeweiligen persönlichen Situation, durch gegenseitiges Verständnis gemeinsam erlernen bzw. trainieren kann. Deswegen unterbreiten wir den Vorschlag, dass man „gemischte“ Schulausflüge fördert, indem man bspw. Schüler unterschiedlicher Schulen und Schulformen gemeinsam an verschiedenen Aktivitäten oder Freizeiten teilnehmen lässt.

„Die sozialen Schichten müssen auch mehr in den Schulen zusammengebracht werden. Es gibt einfach zu viele Vorurteile!“

- Zusätzlich sind wir durch persönliche Erfahrungen anderer Teilnehmer zu dem Entschluss gekommen, dass man Veranstaltungen zur Vorurteilsprävention in staatlichen Institutionen, wie Behörden und Ämter stärker fördern muss bzw. verpflichtend für die Mitarbeiter einführen sollte, um Diskriminierung und Fremdenhass abzubauen.

3. „Zeit und Raum“

a) Schule - Freizeit?

Hiernach behandelten wir eine aus der hervor gegangenen Diskussion entstandene Frage. Wir beschäftigten uns mit der Problematik, ob in Zeiten des ständigen Leistungsdruck in der Schule/Ausbildung Jugendlichen überhaupt noch genug Zeit zur Verfügung steht, um z.B. gesellschaftliche Werte zu erlernen oder sich ehrenamtlich für die Gesellschaft zu engagieren.

b) Persönliche Entfaltung

Nach einer spannenden Diskussion, in der viele ihre Meinung und Erfahrungen geäußert haben, sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass man den Jugendlichen mehr „Zeit und Raum“ zur Verfügung stellen muss.

- Daher fordern wir, den Jugendlichen auch in der Schule mehr „Zeit“ einzuräumen, in Form von z.B. Orientierungsstunden, um Probleme innerhalb der Klasse zu besprechen und besonders den Schülern eine Alternative zum stressigen Schulalltag zu bieten, in der sie Zeit für sich und auch für andere finden können.

„Wer unter G8 lernt hat für Miteinander weniger Zeit – er muss lernen.“

- Zudem fordern wir, dass Jugendangebote bzw. sog. „Jugendräume“ mehr gefördert werden, besonders in den sog. „Problemgebieten“ bzw. „Problembezirken“. Da wir den Heranwachsenden eine Möglichkeit bieten müssen, abseits des Leistungsdruckes und der Erwartung nach Erfolg, ihre individuelle Persönlichkeit „frei“ entwickeln zu können. Ebendeshalb muss das Land NRW die Kommunen und Städte bei der Förderung bzw. bei dem Entstehen dieser Jugendangebote finanziell unterstützen.

„Soziale Einrichtungen bspw. Jugendeinrichtungen müssen stärker gefördert werden: Das sind die Orte des Miteinanders und des gegenseitigen Lernens!“

c) Interessenförderung

Aus der vorangegangenen Diskussion stellten wir uns die Frage, wie wir es schaffen können, die Interessen der Jugendlichen stärker zu fördern bzw. ihnen auch Möglichkeiten anbieten zu können, um für ihre Interessen einzustehen.

„Welche Möglichkeiten gibt es heute überhaupt noch für Jugendliche, um für ihre Interessen einzutreten?“

- Daher denken wir, dass es sinnvoll ist, Jugendorganisationen und Angebote wieder stärker hervorzuheben, um den Jugendlichen mehr „Raum“ für ihre Interessen bzw. die Förderung ihrer Interessen zu ermöglichen. Deshalb schlagen wir vor, Jugendorganisationen und spezielle freiwillige Jugendangebote stärker publik (z.B. an Schulen) zu machen.
- Überdies muss man die Arbeit dieser Jugendorganisationen bzw. die Arbeit der Jugendlichen, die sich in der Regel freiwillig dafür engagieren, stärker wertschätzen, in Form von z.B. der Übertragung von Verantwortung in bestimmten Bereichen, die mit dem Tätigkeitsgebiet

dieser Organisationen übereinstimmen. So ermöglicht man den Jugendlichen sich stärker für ihre Interessen und auch für andere einzusetzen. Dies trägt zu einer positiven Gestaltung unserer Gesellschaft bei.

4. Engagement von Jugendlichen

a) Interessenvertretung auf kommunaler Ebene

Diese zuvor diskutierte Frage führte uns zu einem neuen Thema. Wir fragten uns, angelehnt an der gestellten Frage von Frau Ministerin Ute Schäfer („Wie können wir junge Menschen stärker an politischen Prozessen beteiligen?“) und dem zuvor debattierten Thema, ob die Jugendlichen genug Einfluss bzw. Möglichkeiten haben, für ihre Interessen einzutreten und sie, auch auf politischer Ebene durchsetzen zu können.

In der Auseinandersetzung mit diesem Thema wurde auch sehr stark und impulsiv mit Frau Ministerin Ute Schäfer und Alexandra Horster diskutiert. Durch Erfahrungen und eigene Erlebnisse einiger Teilnehmer kamen wir zu dem Resümee, dass Kinder und Jugendliche zu wenig Einfluss auf politische Geschehnisse haben.

- Deshalb fordern wir, dass Jugendliche einen stärkeren Einfluss haben sollen bzw. stärker in politische Entscheidungen einbezogen werden. Ebendaher müssen die Städte und Kommunen sog. „Jugendparlamente“ schaffen, um den Kindern und Heranwachsenden eine Möglichkeit zu geben, ihre Interessen und Anliegen durchzusetzen bzw. darauf aufmerksam zu machen. Zu den „Jugendparlamenten“ sollen auch Beratungseinrichtungen und Austauschangebote geschaffen werden.
- Überdies fordern wir, dass eine Institution auf Landesebene eingerichtet wird, in der sich Jugendliche bzw. interessierte Mitbürger, Jugendorganisationen, Städte und Kommunen bei Fragen zu politischen Einflussmöglichkeiten von Jugendlichen wenden können. Diese Institution soll als erste „Instanz“ anerkannt und organisiert werden, sodass eine „feste Anlaufstelle“ geschaffen wird. Daneben soll diese Institution auch als Interessenvertreter dienen, um Vorschläge, Kritikpunkte und Verbesserungsvorschläge von den Jugendlichen und den „Jugendparlamenten“ weiterzuleiten.
- Des Weiteren soll eine Austauschbasis geschaffen werden, um über die Ergebnisse bzw. die Ideen, Vorschläge und Kritikpunkte der jeweili-

gen Jugendparlamente zu diskutieren und diese auch in weiterreichende Entscheidungen bzw. in Entscheidungen der jeweiligen betroffenen Bereiche mit einzubeziehen.

„Es gibt 80 Parlamente. Die Frage ist, wie beziehen wir diese mit ein?“
(Ministerin Ute Schäfer)

b) Stärkeres Mitbestimmungsrecht in schulischen Angelegenheiten

Wir sind zu dem Entschluss gekommen, dass es nicht nur reicht den Einfluss von Jugendlichen auf politische Prozesse zu fördern bzw. zu stärken, sondern dass man besonders den Einfluss bzw. die Interessenvertretung in schulischer Hinsicht wieder stärken muss.

- Aufgrund dessen sollen die Kinder bzw. Jugendlichen wieder stärkeren Einfluss in der Schule in Form von Schülervvertretungen bekommen, um auch dort ihre Interessen und Anliegen in schulischen Bereichen zu vertreten. Daneben schlagen wir vor, dass die Schülervvertretung auch Einfluss in dem sog. „Schulrat“ zugewiesen bekommt. Dadurch soll garantiert werden, dass auf die Interessen und Anliegen Rücksicht genommen wird.
- Darüber hinaus fordern wir, dass die Jugendlichen mehr Einfluss auf die Schulpolitik des Landes NRW erlangen, um auch dort für ihre Interessen, Kritiken und Vorschläge eintreten zu können. Daher fordern wir, dass „aktiv“ mit Jugendlichen/Schülern bzw. deren Schulvertretungen zusammengearbeitet wird.

„Die SV darf höchstens mitbestimmen: ‚Wer gießt die Blumen mittwochs?‘“

5. Impuls für die Landesregierung

Schlussfazit

Nach einer aufregenden und spannenden Diskussion sind wir zu einem Schlussfazit gekommen.

Wir müssen gemeinschaftlich versuchen, eine Gesellschaft zu formen bzw. zu gestalten, in der jeder und jede die Möglichkeit bekommt, seine bzw. ihre Ziele zu erreichen. Deshalb muss es unser Ziel sein, Diskriminierung abzubauen,

Respekt und Toleranz zu fördern, stärkere Einflussmöglichkeiten (auch in der politischen Hinsicht) zu schaffen und das Bildungssystem als Grundbedingung für eine Gleichstellung zu verändern. Das Land NRW muss eine (gesetzliche) Rahmenbedingung schaffen, um den Weg für eine Gesellschaft des gegenseitigen Verständnisses und der Solidarität zu ebnen. Nur so besteht die Möglichkeit, Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit für jeden zu ermöglichen.

Danke,

stellvertretend für unseren Denkraum „Gleiche Chancen für alle“ möchten wir uns bei der Regierung des Landes NRW und besonders bei Frau Ministerin Ute Schäfer dafür bedanken, dass wir Teil dieses einmaligen Projektes sein durften. Wir hoffen, dass wir als „Impulsgeber“ für zukünftige Entscheidungen dienen und unsere Anliegen in Ihrer Arbeit mit integrieren können.

TITEL DES DENKRAUMS

„Schule der Zukunft – leistungsstark, vielfältig, gerecht“

LEITFRAGEN DES DENKRAUMS

Schule der Zukunft

- Wie und was sollen wir für die Zukunft lernen?
- Wofür lernst Du? Für den Notenschnitt und die nächste Prüfung?
- Was interessiert Dich? „Fakten, Fakten, Fakten“ oder auch Kreativität und soziale Kompetenz?

Wissen wird in den hoch entwickelten Industriegesellschaften immer häufiger als vierter „Produktionsfaktor“ bezeichnet – neben den klassischen Faktoren Arbeit, Kapital und Boden. Auch deshalb sind wir uns alle einig: Gute Bildung ist für die Lebenschancen jedes Einzelnen von zentraler Bedeutung. Aber was ist das, „gute Bildung“?

Zum einen wird die „Haltbarkeit“ von Wissen immer kürzer, weil es sich immer schneller vermehrt und entwickelt. Expertinnen und Experten rechnen uns vor, dass heute erworbenes Schulwissen in 20 Jahren nur noch die Hälfte wert ist. Zum anderen kommt es in unserer Arbeitswelt und Wirtschaft immer mehr auf Ideenreichtum an. Wir brauchen also kluge Köpfe, die sich trauen, neue Ideen zu „spinnen“ und die auch mutig genug und ganz praktisch in der Lage sind, diese Ideen umzusetzen. Und schließlich ist jedes Kind anders, und es ist die Aufgabe jeder Schule, jedem Kind die Chance zu geben, seine Talente und Fähigkeiten bestmöglich zu entwickeln.

Daraus ergeben sich viele weitere Fragen, von denen hier nur einige wenige formuliert werden sollen:

- Geht es in unseren Schulen zu sehr darum, prüfbares Wissen anzuhäufen oder werden auch Kreativität, Ideenreichtum und soziale Kompetenz gefördert?
- Weckt die Schule Lust auf Forschung und Technik?
- Sollten wir vielleicht mehr Ingenieure und Künstler in die Schulen holen?
- Sollten wir für mehr Praxisbezug und kreative Impulse schon in der Schule sorgen?

- Brauchen wir eher mehr Sozialarbeiter und Psychologen in der Schule?
- Gibt Dir die Schule genügend Orientierung für den Übergang zum nächsten Schritt, sei es in Richtung Praktikum, Lehre oder Studium?
- Wie wollen wir für und in der Zukunft lernen? Starke und Schwächere möglichst lange zusammen oder doch eher getrennt?
- Was erwartest Du von einer guten Lehrerin/einem guten Lehrer? Was müssen die Lehrer in Zukunft eigentlich können?

FACHLEUTE DES DENKRAUMS AM 21. AUGUST

- **Sylvia Löhrmann**, Ministerin für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen
- **Prof. Dr. Gabriele Bellenberg**, Professorin für Schulforschung und Schulpädagogik sowie Geschäftsführende Direktorin am Institut für Erziehungswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum

SPRECHER, MODERATOR UND COMMUNITY-MANAGER

- **Moderatorin:** Beate Roggenbuck
- **Community-Manager:** Anne Maren Delseit
- **Sprecher:** Haris Trgo, Stephan Jaroschek

ABSCHLUSSBERICHT DER SPRECHER

1. SOZIALES LERNEN STÄRKEN

- a) Soziales Lernen fördern anhand von Integration, Inklusion und Toleranz

„Inklusion in mehreren Facetten: Schülern und Lehrern näherbringen, dass Inklusion für alle etwas Gutes bedeutet, wenn alle etwas dafür tun.“ (Statement aus der Denkraumdiskussion)

Der Denkraum Schule hat in einer relativ ausführlichen Diskussion sehr viel über die praktische Vermittlung von Menschenrechten diskutiert, wobei sich dadurch die höchst priorisierte Forderung entwickelt hatte, dass

die Landesregierung sich dafür einsetzt, dass Toleranz und Integration mehr in die Praxis der nordrhein-westfälischen Schulen eingesetzt werden soll.

Damit soll erreicht werden, dass die Menschenrechte nicht nur in der Theorie den Schülerinnen und Schülern Nordrhein-Westfalens vermittelt werden, sondern auch, dass jeder Person diese Menschenrechte zustehen.

b) Mehr Raum für Ehrenamt und AG schaffen

„Ich habe die Erfahrung gemacht, dass AGs nicht in den Unterricht ausreichend eingebunden werden. Arbeitsgemeinschaften laufen eher nebenher und sind nur in der Freizeit zu finden.“ (Jaroschek)

Daneben kam in dem Themenbereich "Soziales Lernen stärken" auch die Forderung auf, dass ehrenamtliche Aufgaben und Arbeitsgemeinschaften in den nordrhein-westfälischen Schulen mehr unterstützt werden sollen.

Es soll möglich sein, dass trotz Raummangel an Schulen Arbeitsgemeinschaften funktionieren können und dass Schülerinnen und Schüler trotz Ganztags ehrenamtlichen Aufgaben folgen können.

Ziel ist es, **die Persönlichkeitsentwicklung der Schülerinnen und Schüler positiv zu stärken** und ihrer Entwicklung freien Lauf zu geben, damit die Schülerinnen und Schüler nicht sozial inkompetent oder diskriminierend werden.

2. QUALITÄT DES UNTERRICHTS VERBESSERN

a) Entzerrung der Unterrichtsdichte

„Es muss zu schnell zu viel gelernt werden.“ (Statement aus der Denkraumdiskussion)

Die Folgen von G8 waren einer der Hauptdiskussionspunkte. Hauptkritikpunkt hierbei ist der Lernplan, welcher im Zuge der Umstellung von G9 auf G8 nicht ausreichend ausgedünnt wurde. Die Forderung an die Landesregierung besteht darin, die Unterrichtsdichte zu entzerren und Themenkomplexe des Lernplanes auszudünnen.

b) **Praxisorientiertes Lehramtsstudium, Lehrer durch Fort- und Weiterbildung stark machen**

„Lehramtsbachelor: 6 Wochen Praktikum entscheiden, ob man für den Beruf geeignet ist. Ist das wirklich genug?“ (Statement aus der Denkraumdiskussion)

Mit der Fragestellung „Was macht einen guten Lehrer aus?“ kam es zur Forderung, dass Lehrer durch Fort- und Weiterbildungen besser und effizienter geschult werden sollen. Eine weitere Forderung aus der Denkraumdiskussion ist, dass durch ein Praxisorientiertes Studium die Lehramtsanwärter mehr auf den Beruf vorbereitet werden, indem sie für längere Zeit in der Klasse dabei sind (siehe Zitat).

c) **Betroffene an Reformen beteiligen**

„Schule soll weiter demokratisiert werden, mehr Mitsprache für Schülerschaft“ (Statement aus der Denkraumdiskussion)

Großer Kritikpunkt aus der Denkraumdiskussion ist, dass Reformen und Gesetze nicht „von Düsseldorf“ allein gemacht werden dürfen. Die Landesregierung soll die Basis an Betroffenen direkt in Gesetzgebungsverfahren einbinden, um für alle eine geeignete Lösung zu finden und um alle Ängste und Sorgen zu hören und auf diese eingehen zu können.

d) **Unterricht an anderen Lernorten stärken**

„[...] um den Unterricht selber zu verbessern, wäre es gut ihn anschaulicher zu gestalten [...] Ausflüge und aktuelle politische Vorkommnisse interessieren Jugendliche eher, deshalb sollte man diese auch in den Unterricht integrieren!“ (Todenhöfer)

Um stumpfen Frontalunterricht zu vermeiden, wäre es wichtig, verschiedene andere Orte aufzusuchen, um das Unterrichtsthema direkt mit der Praxis zu verknüpfen. Beispiele sind politische oder geographische Exkursionen, um den Unterricht anschaulicher zu gestalten.

Die Landesregierung soll diese Art von Exkursionen weiter fördern und den Weg zu solchen für die Schulen erleichtern.

e) **Kooperationen zwischen Schulen ausweiten**

„[...] Eine Möglichkeit, eine breite Bildung zu ermöglichen, wäre es, die Kooperation zwischen Schulen auszuweiten, sodass z.B. der Musik-LK an einem Gymnasium in einem anderen Stadtteil unterrichtet wird [...]“
(von Rudorff)

Um eine Fächervielfalt zu garantieren wäre es sinnvoll, die Kooperationen zwischen Schulen auszuweiten. Schulen im selben Kommunalgebiet könnten sich in vielen Arten ergänzen. Davon würde der Schüler profitieren.

f) **Schulidentität verbessern**

„Wer gemobbt wird, der wird das auch in einer Schuluniform, und wer sich behaupten kann, wird respektiert. Egal wie er herumläuft [...]“
(Eickmann)

Im Zuge der Schulidentität wurde darüber diskutiert, ob es sinnvoll wäre, Schuluniformen einzuführen, um ein Gemeinschaftsgefühl und Gruppengefühl zu schaffen.

Ein Großteil der Online-Nutzer lehnte dieses schon im Vorfeld ab. 57 Prozent sind der Ansicht, dass wir ein Klima schaffen sollten, indem die Kleidung für soziale Achtung und Respekt keine Rolle spielt.

Auch in der Denkraumdiskussion direkt gab es weniger Fürsprecher, woraus keine Empfehlung für Schuluniformen an die Landesregierung resultiert.

3. FÖDERALISTISCHE STRUKTUREN IM SCHULSYSTEM ABSCHAFFEN

a) Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern abschaffen

„[...] Ich finde dieses Verbot ist vollkommen überholt und muss dringend abgeschafft werden, weil gerade wenn es um die finanzielle Förderung geht, gibt es Projekte bei denen der Bund fördern will, aber nicht fördern darf.“ (Ludwig)

Die Diskussionen im Denkraum Schule waren die ganze Zeit begleitet von dem Thema des föderalen Bildungssystems in der Bundesrepublik Deutschland. Daraus entwickelte sich im Denkraum die stark unterstützte Forderung, dass das Bildungssystem in der Bundesrepublik Deutschland deföderalisiert werden sollte.

Das Bundesbildungsministerium oder die Kultusministerkonferenz sollen ein bundesweit einheitliches Bildungssystem schaffen und besonders auch ein Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern abschaffen.

b) Vergleichbarkeit von Abschlüssen gewährleisten

„[...] und es darf nicht sein, dass jemand nur, weil er in Sachsen-Anhalt ein 1,0 Abitur gemacht hat, ihm ein 1,0 Abitur aus Bayern vorgezogen wird [...]“ (Trgo)

Die Vergleichbarkeit der Abschlussprüfungen für die Allgemeine Hochschulreife (Abitur) ist sehr skeptisch betrachtet worden. Trotz der Fortschritte im Bereich der Vergleichbarkeit, sah ein sehr großer Teil der Diskutierenden darin ein Problem, dass auch heutzutage das Abitur in den 16 Bundesländern Deutschlands nicht miteinander vergleichbar ist und die Unterschiede sich diskriminierend auf die Abiturienten auswirkt.

Dadurch entwickelte sich die Forderung, ein mindestens einheitliches Aufgabenpool für das Abitur in der Bundesrepublik Deutschland zu schaffen, wobei aber auch einheitliche Abiturprüfungen in Betracht gezogen worden sind.

c) Mobilität auf Bundesebene schaffen („Umzug in ein anderes Bundesland“)

„Ich finde, dass eine Lehrplanangleichung nicht gegen die Schulautonomie verstößt. Meiner Meinung nach muss es die Angleichung geben, weil sonst Familien, die umziehen und schulpflichtige Kinder haben, noch bestraft werden“ (Arens)

Derzeit ist für Schülerinnen und Schüler in Deutschland ein Umzug aus einem in ein anderes Bundesland schwierig, da diese Schülerinnen und Schüler sich an ein anderes Bildungssystem gewöhnen müssen und auch von den Fächern und den Themen sehr viel Neuland betreten müssen, was sich negativ auf die Entwicklung der betroffenen Schülerinnen und Schülern auswirkt.

Deswegen ist eine weitere Forderung des Denkraums Schule, die Mobilität auf Bundesebene zu schaffen und Lehrpläne anzugleichen.

4. POLITIK IN SCHULEN

a) Erreichbarkeit von Lokalpolitikern / Politikern des Wahlkreises sicherstellen

„Schul- und Bildungspolitikern sollten selbst einmal Schulen in ihrem Wahlkreis besuchen, um einen richtigen Eindruck von dem Schulalltag zu erhalten.“ (Gerhards)

Politiker sollten für Schulen Ansprechpartner sein und sich mit den Problemen und Nöten der Schüler befassen. Deshalb sollte eine Erreichbarkeit sichergestellt werden. So käme es zu einer direkten Kooperation zwischen Politik und Schule.

5. LERNEN FÜRS LEBEN

a) Verpflichtende Berufsorientierungsveranstaltungen/-maßnahmen

„Ich fühle mich momentan mit meiner Berufswahl ein wenig im Stich gelassen, da durch den Doppeljahrgang der für mich zuständige Berater bei der Arbeitsagentur total überlaufen ist und ich jetzt seit über 2 Monaten auf meinen Termin warte ...“ (Laumann)

Die Online-Community im Denkraum Schule hat sehr viel über die Berufsorientierung in Nordrhein-Westfalen diskutiert, wobei die Mehrheit die Forderung unterstützte, es sollen mehr Berufsorientierungsveranstaltungen geben, die im Rahmen der Schule verpflichtend wären. Der Grund dafür ist, dass viele Schülerinnen und Schüler sich in der Berufsorientierung ungenügend geholfen sehen, gleichzeitig aber auch gute Möglichkeiten der Berufsorientierung von Schülerinnen und Schülern nicht nennenswert wahrgenommen werden.

Verpflichtende Berufsorientierungsveranstaltungen würden die Schülerinnen und Schüler mit den Fragen der Berufsorientierung konfrontieren und würden damit auch die Schülerinnen und Schüler dazu bringen, dass sie mehr darüber nachdenken, was für einen Beruf sie nach der Schule anstreben sollen.

6. Überarbeitung und Verbesserung von „weichen Fächern“

a) Allgemeinen, übergreifenden Religionsunterricht schaffen

„[...] Wenn es christlichen Unterricht gibt, muss es aber im Sinne der Gleichbehandlung beides geben. Meiner Meinung nach, sollte man lieber Ethik unterrichten und alle Religionen ein wenig (kritisch) hinterfragen.“ (Averkamp)

In der Diskussion ob Religion als zusätzliches Fach weiter bestehen soll, wurde auch die Trennung der Konfessionen diskutiert. Dabei kam die Meinung auf, dass jeder Mensch das Recht hat, seine Religion unterrichtet zu bekommen.

Das ist aber bei vielen Schülern verschiedener Konfessionen sehr schwierig in der Praxis. Nicht zuletzt deswegen kam die Forderung auf, einen allgemeinen, übergreifenden Religionsunterricht zu schaffen. Auch trage die Trennung der Konfessionen zur Abkapslung bestimmter Religionsgruppierungen bei und führe an einer Gemeinschaft vorbei.

b) „Weiche Fächer“ mehr auf freiwillige Basis stellen

„Ich bin der Meinung, dass man mehr Fächer freiwillig wählen darf. Oft sitzt man mit lauter Schülern zusammen, die sehr unmotiviert sind, weil sie einfach andere Interessen haben. Würde man wählen können, wären die Schüler, mit denen man zusammen Unterricht hat, viel motivierter, so dass auch das Leistungsniveau des Kurses steigen würde.“
(Kutlar)

Da der Lernplan für Schülerinnen und Schüler eh schon eine enorme Dichte aufweist, wurde öfters die Meinung geäußert, mehr Fächer freiwillig wählen zu können, um wirklich seine Interessengebiete abzudecken.

Mehr Fächer auf freiwilliger Basis würden auch das Leistungsniveau des Kurses (siehe Zitat) heben, da wirklich die interessierten Schüler in einem Kurs sitzen und keiner zu diesem Fach gezwungen wäre.

c) Kreativität der Schüler fördern

„[...] Gerade künstlerische Fächer lässt die Kinder noch etwas von ihrer Fantasie nutzen, wenn sie doch sonst den ganzen Tag in ein festes Konstrukt eingebunden sind? Die Kreativität ist ein wichtiges Gut.“
(Nebgen)

Obwohl über einen Verzicht von „weichen Fächern“ viel diskutiert wurde, sind sich die Online-Nutzer einig, dass Fächer wie Kunst und Musik im Stundenplan erhalten bleiben sollen und die Kreativität der Schülerinnen und Schüler weiterhin gefördert werden soll.

79 Prozent gaben nach einer Online-Umfrage auf der #JUKON12-Plattform an, dass sie für einen Erhalt dieser Fächer sind.

d) Notenabschaffung im Fach Sport

„Sportunterricht ist nie fair, ich plädiere für die Notenabschaffung im Fach Sport! [...] Nach der 10 ist Sport das am meisten beschwänzte Fach, das es gibt.“ (Odendahl)

Dem obigen Statement von Odendahl schlossen sich sehr viele Online-Nutzer an und forderten ebenfalls die Notenabschaffung im Fach Sport. Ebenso kam die Forderung auf, Sport ab der Oberstufe auf freiwillige Basis zu stellen, da ab der Q1 jeder Schüler selbst wissen sollte, was für ihn gut oder schlecht ist.

7. Noten als objektives und faires Maß für Leistungen

a) Notengebung transparent gestalten

„Generell kann ich mir vorstellen, dass der bislang beim Zentralabitur eingeschlagene Weg, seitens der Lehrer Erwartungshorizonte zu formulieren, hilfreich ist, das Ideal der fairen und transparenten Bewertung zu erreichen, da dann nachträglich jeder seine Leistung ehrlich gegen die Vorstellungen der Lehrkraft vergleichen kann [...]“ (von Rudorff)

Zuallererst muss gesagt werden, dass in der Online-Community eine Umfrage dazu stattfand, ob sie für oder gegen Noten sind. 71 Prozent haben sich für Noten geäußert, 29 Prozent haben sich dagegen geäußert. Wir sehen darin eine große Mehrheit für Noten, wobei aber nahezu ein Drittel gegen Noten abgestimmt hat.

Es wurde aber viel mehr darüber diskutiert, wie Noten realitätsnäher werden sollen. Dabei kamen Vorschläge auf, die Anteile der Noten der Sonstigen Mitarbeit würden schulintern festgelegt, oder es solle ein Bewertungsbogen wie in Klausuren der gymnasialen Oberstufe entstehen.

Im Allgemeinen sehen viele Diskutierende Handlungsbedarf bei der Vergabe der Noten, aber ein nennenswerter Anteil akzeptiert eine nicht stärker geregelte Notenvergabe, da Subjektivität immer bei Noten mit dabei ist.

TITEL DES DENKRAUMS

„Die Arbeitswelt von morgen: Wie wollen und wie werden wir in Zukunft arbeiten?“

LEITFRAGEN DES DENKRAUMS

Die Arbeitswelt von morgen

- Wie wollen und wie werden wir in Zukunft arbeiten?
- Was erwartest Du von der Arbeitswelt? Sicheres Einkommen oder Abenteuer?
- Wie willst Du arbeiten? Planbar und an einem festen Arbeitsplatz oder flexibel und frei?

Die Arbeitswelt verändert sich rasend schnell. Seit der Industrialisierung war sie vor allem durch regelmäßige Arbeit gekennzeichnet: An einem festen Arbeitsplatz, zu festen Zeiten, durch immer wiederkehrende Arbeitsschritte und ähnliche Abläufe, häufig bis zur Rente.

Diese Jobs gibt es auch heute noch. Aber neue Arbeitswelten kommen hinzu. Die Arbeitsplätze bzw. Arbeitgeber werden häufiger gewechselt. Immer mehr Menschen arbeiten zu flexiblen Zeiten und nicht selten zuhause, auch alleine oder in kleinen Teams. Häufig ist man gar nicht mehr fest angestellt. Gerade in vielen Kreativberufen arbeiten viele Freelancer.

Möglich werden die neuen Arbeitswelten vielfach erst durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien. Sie sorgen für mehr Flexibilität und Schnelligkeit, für neue Formen der Zusammenarbeit über Zeitzonen hinweg und für eine immer schnellere Taktung von Arbeit.

Daraus ergeben sich viele Fragen, von denen hier nur einige wenige formuliert werden sollen:

- Was erwartest Du von der Arbeitswelt? Sicheres Einkommen und ein planbares Leben für Dich und Deine Familie? Oder Freiheit und Unabhängigkeit, Kreativität und Spielräume für Neues und Ungewöhnliches?
- Bringen Smartphone, Email und Internet nur Positives? Oder machen sie uns zu neuartigen „Sklassen“, weil wir immer und überall erreichbar sind und arbeiten können?

- Wer vertritt in Zukunft eigentlich meine Rechte, wenn alles flexibel und unübersichtlich wird? Sind Gewerkschaften in zehn Jahren noch modern?
- Findest Du, dass Dich die Schule, die Lehre oder die Uni gut vorbereitet auf die neue Arbeitswelt?
- Welchen Wert hat eigentlich ein Ausbildungsabschluss oder ein Diplom in zehn, 20 oder 30 Jahren?

FACHLEUTE DES DENKRAUMS AM 21. AUGUST

- **Guntram Schneider**, Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
- **Dr. Rudolf Carl Meiler**, Leiter Personalstrategie, Recruiting und Personalentwicklung ThyssenKrupp Steel Europe AG
- **Bernd Fesel**, Europäisches Zentrum für Kreativwirtschaft

SPRECHER, MODERATOR UND COMMUNITY-MANAGER

- **Moderator:** Andreas Peters
- **Community-Manager:** Barbara Praetorius
- **Sprecher:** Jan Fischer, Matthäus Fandrejewski

ABSCHLUSSBERICHT DER SPRECHER

1. Grundsicherung

a) Mindestlohn

Die Frage der Einführung des Mindestlohnes war das meist diskutierte Thema im gesamten Denkraum. Die Mehrheit wie auch die Ministerpräsidentin sprechen sich für eine Einführung des Mindestlohnes aus.

Es ist festzuhalten, dass es keine weitere Ausnutzung der Arbeitskräfte geben darf. Arbeitende Menschen müssen nach Würde bezahlt werden.

Die derzeitige Lage am Arbeitsmarkt führt dauerhaft zur Altersarmut. Viele Arbeitnehmer sind heutzutage nicht in der Lage, sich aus eigenem Einkommen um eine ausreichende Alterssicherung zu kümmern. Hiermit wird der Staat in der Zukunft ebenfalls zu kämpfen haben, da er für die Grundsicherung der Menschen verantwortlich ist.

Durch die Einführung des Mindestlohnes würde der Staat dauerhaft entlastet werden. Außerdem würden die Arbeitnehmer an Motivation und Selbstbewusstsein gewinnen.

Bei der Einführung eines Einkommens nach Würde war sich der Denkraum einig: Als Arbeitgeber hat der öffentliche Dienst hier eine klare Vorbildfunktion zu erfüllen.

Positionen aus den Denkräumen:

- *Ich finde einen Mindestlohn sehr sinnvoll. Er könnte garantieren, dass Menschen nicht neben einem Vollzeitjob noch arbeiten müssten, weil sie so schlecht bezahlt werden. Ich sehe einen weiteren Vorteil darin, dass die (gesellschaftliche) Wertung von unterschiedlichen Berufen durch die unterschiedliche Vergütung ein wenig ausgeglichen würde. (Lilli)*
- *Es geht eben darum, dass viele Berufsgruppen systematisch ausgenutzt werden und viele nicht von dem Leben können was sie verdienen. Da muss dann der Staat einspringen und mit Leistungen das draufpacken, was trotz Arbeit fehlt. Diese Verhältnisse können so von einem Staat doch nicht gewollt sein. Der Staat ist nicht dafür da Arbeitnehmern das Gehalt zu zahlen, weil Arbeitgeber dazu nicht bereit sind. Ich sehe hier auch die Gefahr, dass Wirtschaft, Industrie etc. einen zu hohen Druck ausüben, da sie argumentieren: „Ja, wenn ihr den Mindestlohn einführt, dann hauen wir ab!“. Man darf sich da auch nicht erpressbar machen...(Todorovoc)*

Forderung an die Landesregierung:

Somit ist die Forderung des Denkraumes an die Landesregierung, dass diese sich um die Einführung eines verbindlichen Mindestlohnes in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften kümmern soll.

Natürlich muss sich die Landesregierung ebenfalls mit den (gesamtwirtschaftlichen) Konsequenzen und den Eckpunkten des Mindestlohnes weiter beschäftigen, z.B. ob es einen branchenunterschiedlichen Mindestlohn geben soll. Weiter besteht die Frage, ob der Mindestlohn flächendeckend in gleicher Höhe eingeführt werden soll oder ob man die Aufteilung zwischen Ost- und West-Deutschland auch hier beibehalten möchte.

b) Bedingungsloses Grundeinkommen

Das Thema Bedingungsloses Grundeinkommen wurde im Denkraum sehr einseitig diskutiert. Die Mehrheit (mit Ausnahme einer Person) sprach sich gegen die Einführung des Bedingungslosen Grundeinkommens aus. Die Teilnehmer sind der Auffassung, dass ein solches Sozialsystem nicht realisierbar sei.

Positionen aus den Denkräumen:

- *Auch ich bin kein „Fan“ des bedingungslosen Grundeinkommen, zu viele Fragen wären für mich ungeklärt: Wie kann man sicher gehen, dass dieses System nicht ausgenutzt wird? Wie soll dies finanziert werden? **Haben wir nicht schon durch Hartz IV ein gewisses Grundeinkommen** (natürlich nicht so hoch wie es von Linken & Piraten) angedacht ist. (Nebgen)*
- *Ich bin auch sowas von dagegen.. wir haben eine Grundsicherung und die reicht völlig! Ich lobe unseren Sozialstaat.. doch wir wollen es mal nicht übertreiben. (Blome)*
- *Ein Grundeinkommen? Mehr Anreize gar nicht mehr zu arbeiten können wir aber nun wirklich nicht schaffen. Alle Länder, die so etwas praktiziert haben sind hoffnungslos gescheitert. Wir sollten aus der Geschichte lernen, anstatt uns sozialistischen und kommunistischen Träumereien hinzugeben. (Rohling)*

Impuls an die Landesregierung:

Das derzeitige Sozialsystem scheint zufriedenstellend zu sein und sollte somit beibehalten werden. Lediglich die Höhe der Sozialleistungen des Staates wurde kontrovers diskutiert.

c) Festeinstellungen

Der Denkraum war sich einig: Ein Arbeitsverhältnis muss auf Dauer zu einer Festeinstellung führen. Den Teilnehmern ist bewusst, dass es befristete Verträge geben muss. Schließlich müssen sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber sicher sein, dass sie mit der anderen Partei zusammenarbeiten können. Jedoch kann es nicht dauerhaft zu befristeten Arbeitsverträgen kommen. Die Betroffenen haben keine Perspektiven und können ihre Zukunft nicht längerfristig planen. Dies führt zu geringen Investitionen und schwächt die Wirtschaft, auch die eigenen Familienplanungen sowie das

Kinderkriegen lassen sich ohne befristete Arbeitsplätze kaum bis gar nicht planen bzw. umsetzen. Feste Arbeitsplätze führen zur Planung von Familie sowie einer dauerhaften Sesshaftigkeit und bieten den Arbeitnehmern Sicherheit, die für das individuelle Wohlergehen immens wichtig ist.

Positionen aus den Denkräumen:

- *Ein Arbeitnehmer muss doch längerfristig planen können. Wenn man sich z.B. etwas größeres (z.B. Auto) anschaffen möchte, da will man schon wissen, ob man in einem Jahr die Möglichkeit hat die Raten zu bezahlen. Natürlich könnte man auch zwischenzeitlich gekündigt werden. Die Sicherheit einen festen Arbeitsplatz zu haben ist auch für die menschliche Psyche wichtig. (Fandrejewski)*
- *An dieser Stelle muss der Staat aktiv werden und gesetzliche Regelungen schaffen. Menschen, die eine sichere Zukunftsperspektive haben, sind auch bereit zu investieren. Im Interesse des Portmonaies von Herrn Schäuble sollte diesen Investitionen doch nichts im Wege stehen. Natürlich muss man auch die Vorteile der Firmen sehen, diese sind viel flexibler, und möglicherweise überleben einzelne nur durch diese Option der befr. Arbeitsverhältnissen, jedoch muss in Gänze eine Regelung der sozialen und wirtschaftlichen Verträglichkeit gefunden werden, die "nicht" auf Kosten der Menschen geht. (An dieser Stelle Blicke ich auch mal auf Zeitarbeitsfirmen – Stichwort „moderner Sklavenhandel“. (Meyers)*

Forderung an die Landesregierung:

Die Landesregierung muss sich dafür einsetzen, dass befristete Arbeitsverhältnisse bereits nach einem bzw. zwei Jahren dauerhaft zu unbefristeten Arbeitsverhältnissen umgestellt werden. Hier bedarf es veränderter gesetzlicher Vorschriften sowohl für die freie Wirtschaft als auch für den Öffentlichen Dienst und alle weiteren Arbeitsbereiche.

d) Erreichbarkeit der Arbeitnehmer in der Freizeit

Die Erreichbarkeit der Arbeitnehmer in ihrer Freizeit war ein kontrovers diskutiertes Thema. Es kam die Frage auf, ob es eine Umrechnung der Dringlichkeit in Lohn geben kann. Klar war für alle Teilnehmer des Denk-

raumes, dass die zusätzliche Leistung auch entsprechend bezahlt werden muss.

Allen Teilnehmern war wichtig, dass die Erreichbarkeit nicht unermesslich sein kann, sondern dass es festgelegte Ruhezeiten (z.B. ab bestimmten Uhrzeiten) gibt, an denen man nicht erreichbar sein muss. Wichtig ist, dass die Freizeit an Wert nicht verliert, getreu dem Motto: Man arbeitet, um zu leben. Und nicht: Man lebt, um zu arbeiten. Es darf keine Überlastung der Arbeitnehmer geben.

Positionen aus den Denkräumen:

- *Der Stellenwert der Freizeit verliert immer mehr an Wert. Dagegen sollte die Politik arbeiten. Nur wer auch wirklich Freizeit genießen kann, kann sich auch in die Arbeit wieder hängen. Wer andauernd mit seinem Job konfrontiert ist, kann diesen irgendwann nur noch als Gewohnheitssache ansehen und so fallen gute Ideen o.ä. weg. (Odendahl)*
- *Ich bin ebenfalls der Meinung, dass die Politik dringend eingreifen muss, um die Arbeitnehmer – bzw. deren Freizeit – zu schützen. Wenn man sieht, dass viele Berufstätige rund um die Uhr erreichbar sein müssen – und somit auch nachts um 3 vom Chef angerufen werden können (Firmenhandy) -, dann muss man sich über die zunehmende Zahl der “Burnout“-Fälle nicht wundern. (Heymann)*

Forderung an die Landesregierung:

Die Landesregierung soll sich für eine klare Regelung über die Erreichbarkeit der Arbeitnehmer in ihrer Freizeit einsetzen. Es darf nicht der Fall sein, dass die Arbeitnehmer gezwungen werden, immer einsatzbereit zu sein. Bei den Arbeitgebern muss das Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass Ruhezeiten dringend einzuhalten sind. Denn nur durch ausreichende Regenerationszeiten können Arbeitnehmer wieder vollen Einsatz leisten.

e) Tertiärer Wirtschaftssektor

Der Denkraum kam zu dem Ergebnis, dass der tertiäre Wirtschaftssektor weiter wachsen wird.

Positionen aus den Denkräumen:

- *Schon durch zunehmende Globalisierung und Technisierung in Produktionsvorgängen denke ich, dass der tertiäre Sektor an Relevanz gewinnen wird, bzw. die anderen Sektoren an Relevanz verlieren werden. Als Bedrohung sehe ich das keinesfalls. Ich denke, dass gerade der tertiäre Sektor viele Jobmöglichkeiten bietet, so dass junge Menschen eine viel breitere Auswahl haben, welchem Beruf sie später nachgehen wollen. (Todorovic)*

Forderung an die Landesregierung:

Die Landesregierung muss Rahmenbedingungen schaffen, um den tertiären Wirtschaftssektor zu stabilisieren und weiter auszubauen – damit die Gesellschaft mehr Vertrauen in die Industrie gewinnt.

f) Fachkräftemangel

Die meisten Teilnehmer des Denkraumes waren der Meinung, es gäbe keinen Fachkräftemangel. Es besteht die Auffassung, dass es genügend ältere Arbeitnehmer gibt, die jedoch keine Beschäftigung aufgrund ihres Alters finden. Außerdem wird angemerkt, dass viele Auszubildende nicht nach der Ausbildung übernommen werden und somit keine Arbeitserfahrung sammeln können – ohne diese finden sie wiederum keine Arbeitsstelle.

Im Denkraum kam man jedoch zur Einsicht, dass es grundsätzlich an „Arbeitern“ und Hochqualifizierten mangelt.

Positionen aus den Denkräumen:

- *Mich ärgert es jedesmal, wenn ich davon höre, dass es einen Fachkräftemangel geben soll! Wir haben viele Arbeitlose in diesem Land. Darunter sind auch viele qualifizierte Menschen, die keine Arbeit mehr finden, weil sie zu alt sind oder die Lücke im Lebenslauf zu groß ist. (Homburger)*
- *Man holt Arbeiter aus dem Ausland, weil sie billiger sind. (Sriskandarajah)*

Forderung an die Landesregierung:

Der Denkraum bemängelt die derzeitige Situation auf dem Arbeitsmarkt und fordert Maßnahmen, die zur Sicherung der Fachkräfte in Deutschland

beitragen. Klar ist, dass in den nächsten Jahren viele ältere Hochqualifizierte Arbeitnehmer dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen werden, darauf muss die Regierung reagieren und dem entgegenwirken! Weiter sollten Arbeitslose ältere Arbeitnehmer wieder ins Berufsleben integriert werden, z.B. könnte man Kampagnen starten, die gerade für ältere und engagierte Mitarbeiter in jedem Unternehmen werben, schließlich haben auch die Unternehmen eine soziale Verantwortung gegenüber der gesamten Gesellschaft.

Auch hier sollte der öffentliche Dienst eine Vorbildfunktion werden und seine Auszubildenden nach der Ausbildung übernehmen. Die gleiche Vorbildfunktion wird dem öffentlichen Dienst auch in Bezug auf die älteren Arbeitnehmer zugeschrieben.

2. Rund um den Arbeitsplatz

a) Arbeiten in der Zukunft

Festzustellen ist, dass sich viele junge Menschen Sorgen um ihre Zukunft machen. Es herrscht viel Unsicherheit bzgl. des Ausbildungs- und Arbeitsplatzes. Nach der Ausbildung werden viele junge Menschen nicht übernommen, dann stehen sie zwar mit Ausbildung, aber ohne Einkommen da. Nach der Ausbildung steht ihnen nicht einmal Arbeitslosengeld zu, da sie nicht in einem Arbeitsverhältnis standen.

Andere Jugendliche wiederum erhoffen sich mehr Flexibilität von ihrem Arbeitgeber. Sie möchten nicht an ein Büro gebunden sein. Außerdem möchten Jugendliche individuelle Arbeitszeiten, um ihre Familieplanung besser realisieren zu können.

Positionen aus den Denkräumen:

- *Auch wenn es mir immer schwer fällt, mir über meine eigene Zukunft Gedanken zu machen, einfach aus dem Grund, weil ich so häufig es geht das „hier und jetzt“ genieße, möchte ich trotzdem beisteuern, dass sich viele junge Menschen heutzutage große Sorgen machen, weil sie nicht wissen, was aus Ihnen mal werden soll. Das Problem fängt doch schon damit an, dass wir nach der Schulzeit irgendwie eine Ausbildung ergattern wollen, die halbwegs zu uns passt. Und dann das Problem, dass wir früh für*

unser ganzes Leben entscheiden müssen, was wir einmal werden wollen. (Streuber)

- *Ich würde mir wünschen, dass Firmen sich neu strukturieren und zum Beispiel von einer festgesetzten Kernarbeitszeit von 9- 16 Uhr abweichen. Die Lebensrythmen der Menschen sind heutzutage so unterschiedlich, dass man sie mehr ins Blickfeld nehmen muss. Nicht jeder kann morgens um 8 Uhr volle Leistung erbringen – das altbekannte Problem zwischen “Eulen” und “Lerchen” der Schlafrythmen. Es ist ja längst nachgewiesen, dass es genauso viele Menschen gibt, die abends wacher und leistungsstärker sind, wie solche, die morgens am besten konzentrationsfähig sind. Warum also kann man nicht (und es gibt kleinere Firmen, die dies schon länger erfolgreich so durchführen), alle dann arbeiten lassen, wenn sie es am besten können? Ihre Arbeitsstunden müssen und können sie trotzdem (überprüfbar) erfüllen. Das erfordert natürlich gute Absprachen und Verlässlichkeit untereinander. Aber in Zeiten wie unseren, in denen wir sowieso größtenteils digital kommunizieren können, sollte doch dies ein lösbares Problem sein! Und vielleicht hätten viele Menschen, die das Gefühl haben, aufgrund von Arbeit nichts anderes mehr bewältigen zu können, mehr Entfaltungsmöglichkeiten, wenn sie ihren Tagesablauf flexibel und selbstständig planen können! Dann haben sie auch mehr Elan für die Arbeit, denn sie sind nicht so müde oder gestresst wie zuvor. (Krieger)*

Forderung an die Landesregierung:

Die Landesregierung soll den gesetzlichen Rahmen dafür schaffen, dass die Arbeitgeber individuell auf die Bedürfnisse und Lebenssituationen ihrer Arbeitnehmer eingehen. Außerdem sollte die Landesregierung alles in ihrer Macht Mögliche unternehmen, um jungen Menschen eine bestmögliche Perspektive zu bieten. Z.B. könnte die Einstellung sowie Übernahme von Auszubildenden durch eine finanzielle Unterstützung der Unternehmen angereizt werden. Außerdem sollte die Landesregierung in großen Unternehmen eine Art Verantwortungsgefühl für die Gesellschaft wecken. Hierdurch sollten sich Unternehmen verpflichtet fühlen, positive Beiträge zur Entwicklung der Gesellschaft beizutragen, wie z.B. Inklusion, Mindestlohn, Gesundheitsförderung, Einstellung und Übernahme von Auszubildenden usw. Dies gilt natürlich für den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber genauso.

b) Gewerkschaften

Der gesamte Denkraum war sich einig: Gewerkschaften sind eine der wichtigsten Interessenvertretungen, die wir in Deutschland haben. Die Gewerkschaften stoßen auf ein sehr positives Angesicht bei den Diskutierenden, vor allem weil sie viele Bildungs- und Infoveranstaltungen bieten. Außerdem machen die Gewerkschaften die Politik auf die Probleme in der Gesellschaft aufmerksam.

Die Frage der Radikalität der Gewerkschaften ist eher im Bezug auf die Nachteile der gesamten Gesellschaft bei Streikaktionen anzusehen (z.B. Bahn-/Flugverspätungen). Jedoch war man sich im Denkraum einig, dass die Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbänden nicht zu radikal sind. Außerdem sei man sich dessen bewusst, dass Streikaktionen die letzten Maßnahmen der Arbeitnehmervereinigungen sind. Vorher liefen zahlreiche intensive, jedoch ruhige Verhandlungen zwischen den beiden Parteien ab.

Viele Teilnehmer vertraten die Meinung, dass die Arbeitgeber eher auf die Gewerkschaften zugehen sollten, schließlich sollte gute Arbeit auch unter einer menschenwürdigen Entlohnung stattfinden.

Positionen aus den Denkräumen:

- *Ich würde sogar die These in den Raum stellen wollen, dass **Gewerkschaften grade „in Zeiten von Internetforen und co“ wichtiger sind denn je.** Sie bieten mit ihren Bildungsangeboten, Informationsmöglichkeiten und Aktionen die Möglichkeit für ArbeitnehmerInnen sich zu treffen und sich – auch außerhalb vom Internet – zu vernetzen. **Solidarität funktioniert meiner Meinung nach im persönlichen Kontakt einfacher als über das Internet.** (Lilli)*
- *Ich finde es ist teilweise etwas zu radikal, wie die Gewerkschaften vorgehen, jedoch erachte ich Sie durchaus als sehr sinnvoll, um die Interessen der AG zu schützen und zu vertreten. Über die Methoden lässt sich streiten, aber vom Grundsatz her ist alles wichtig! (Derix)*
- *In Deutschland hat man kaum die Möglichkeit zu streiken. Es gibt viele Regelungen und Gesetze, die die Streikmöglichkeiten beschränken. Und die Forderungen der Gewerkschaften zu radikal? Natürlich. Sollen sie auch. Die Gewerkschaft ist die Interessensvertretung der Arbeitnehmer, und NUR der Arbeitnehmer. Da ist es verständlich, dass die Gewerkschaften*

selbstbewusst gegenüber Arbeitgebern auftreten (müssen).
(Todorovic)

- *Gewerkschaften sind meiner Meinung nach sehr wichtig. Arbeitnehmer tun sich zusammen, um der Politik die Ungerechtigkeit im Job vorzuzeigen. Würden die Gewerkschaften nicht mehr streiken und nicht mehr so viele Infoveranstaltungen durchführen, würden die Politiker denken, es gebe keine Probleme im Job. Was eigentlich auch keine Kritik an die Politiker ist, denn es ist ja auch schwer heraus zu finden, wo es Probleme bei Arbeitnehmern gibt. Gewerkschaften haben in der Vergangenheit viel erreicht! Und sie werden noch viel erreichen.* **(Houché)**

Forderung an die Landesregierung:

Die Landesregierung sollte die Gewerkschaften wie auch die gesamten Arbeitnehmerinteressen (Betriebsrat/Personalrat) besser schützen und in ihrer Ausübung sowie Arbeit gezielt unterstützen. Die Landesregierung sollte auf die Arbeitnehmerverbände einwirken, dass sie auf die Forderungen der Gewerkschaften eher eingehen, damit es nicht zwingend zu Streikaktionen kommen muss.

c) Kita – Wie kann sich Familienleben mit der Arbeitswelt vertragen?

Das Thema der Kinderbetreuung wurde auch im Denkraum kontrovers diskutiert. Einige Teilnehmer sind für eine Betreuungsstelle, die durch den Arbeitgeber geschaffen würde, andere wiederum dagegen. Viele junge Menschen möchten gerne selbst ihr Kind erziehen und somit so viel Zeit wie möglich in die Erziehung investieren. Man wünscht sich eine fair entlohnte Elternzeit, die eine Vollzeit-Erziehung ermöglicht. Dies muss natürlich durch den Arbeitgeber oder das Sozialsystem finanziert werden. Die Wahl, ob Eltern ihre Kinder selbst erziehen wollen oder nicht, sollte ihnen überlassen werden, jedoch sollten Einflüsse, die finanzieller Art sind, nicht überwiegen. Andere wiederum fordern eine Kindergartenpflicht ab dem 1 Lebensjahr.

Positionen aus den Denkräumen:

- *Ich finde dass man sein Kind **nicht grundsätzlich in eine KITA geben sollte**. Wenn man sich schon ein Kind anschafft, soll man sich auch gefälligst darum kümmern. Anders ist es, wenn man aus finanzieller Not arbeiten gehen muss.* **(Lahoda)**

- *Ich finde eine generelle Kindergartenpflicht, vielleicht sogar schon ab dem 1. Kindergartenjahr ganz sinnvoll. Im Kindergarten werden Grundkompetenzen geschaffen, die auf die Schule vorbereiten und eine allgemeine Schulpflicht besteht ja auch. **Hier muss es mehr Modelle geben.** Ein paar Vorschläge: Betriebskindergärten mit Mensa (die natürlich mehr als gesund ist). Große Betriebe können sich Betriebskindergärten leisten. So sorgen sie dafür, dass die dringend benötigten Fachkräfte im Betrieb bleiben und sie konkurrenzfähig bleiben. Dies sieht dann so aus, dass sie direkt nebeneinander sind. Die Mittagspause verbringt man gemeinsam mit seinem Kind (diese könnte für Eltern auch auf 2 Stunden ausgedehnt werden). (Jonczyk)*
- *Ich denke, dass die Politik mit ihren Maßnahmen wie z.B. Kitausbau und dem Betreuungsgeld (man könnte auch sagen, dass das Betreuungsgeld eine Maßnahme ist, um den mangelnden Kitausbau zu vertuschen. Aber darüber darf sich jeder selber eine Meinung bilden) lediglich versucht, die Arbeitswelt bzw. die Kombination zwischen Arbeit und Familie zukunftsorientiert, aber auch Wettbewerbsfähigkeitsfördernd ausulegen. → Ich denke, dass jeder selber darüber heutzutage entscheiden sollte, was er bzw. sie bevorzugt. (Freye)*

Forderung an die Landesregierung:

Leider kam der Denkraum hier nicht zu einer Einigung. Jedoch ist deutlich geworden, dass mehr Möglichkeiten geschaffen werden müssen, um ein gemeinsames Familienleben mit der Arbeitswelt zu ermöglichen. Insbesondere ist der Ausbau der Betreuungsangebote und Kitaplätze ein wichtiger und dringender Schritt, der seitens der Landesregierung schleunigst umgesetzt werden muss. Vor allem die Kosten für Kitaplätze müssen bezahlbar sein.

d) Inklusion in der Arbeitswelt

Der gesamte Denkraum war sich einig: Inklusion muss auch außerhalb der Schule stattfinden. Menschen mit Behinderungen müssen in unserer Gesellschaft komplett integriert werden, hierzu gehört auch die Inklusion im Berufsleben dazu. Ob eine Quote die richtige Lösung wäre, ist im Denkraum kontrovers diskutiert worden.

Positionen aus den Denkräumen:

- *Ich finde es persönlich wichtig, Menschen mit Behinderung(en) stärker in der Berufswelt zu integrieren, dadurch können sie ihr soziales Umfeld kennenlernen, Beziehungen knüpfen bzw. festigen und man vermittelt ihnen das Gefühl, dass ihre Behinderung nichts ausmacht und sie dennoch gleichwertig sind. (Freye)*

Forderung an die Landesregierung:

Inklusion muss verstärkt auch im Berufsleben stattfinden. Es müssen Anreize für Arbeitgeber geschaffen werden, Menschen mit Behinderungen einzustellen. Auch hier könnte die Landesregierung mit Kampagnen für die Einstellung von Menschen mit Behinderungen arbeiten. Arbeitgeber können sich verpflichtet fühlen, die Gesellschaft zu entlasten und Inklusion in ihrem Betrieb zu ermöglichen.

e) Frauenquote

Das Thema Frauenquote wurde ebenfalls sehr kontrovers diskutiert. Auch hier kam man im Denkraum zu keiner eindeutigen Meinung. Es wurde sogar der Wunsch nach mehr Diskussionszeit geäußert.

Viele sprechen sich gegen eine Frauenquote aus, schließlich führt diese erneut zur Diskriminierung der Frau.

Positionen aus den Denkräumen:

- *Okay, das klingt jetzt zunächst einmal Frauenfeindlich... aaaaaaber, die Frauenquote ist, meiner Meinung nach, Mist. Gleichberechtigung ist nicht durch Quoten zu machen, sie sitzt in den Köpfen, nicht in den Vorständen. (Kuzaj)*
- *Meiner Meinung nach ist die Frauenquote die schlechteste Idee die Quote der Frauen in Unternehmen zu erhöhen. Zum einen hört keine Frau gerne "Du bist doch eh nur hier, damit wir die Frauenquote erreichen", außerdem fördert die festgesetzte Frauenquote weder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch das Selbstwertgefühl jeder Arbeitnehmerin. (Viermann)*

Forderung an die Landesregierung:

Die Frauenquote ist ein wichtiges Thema, das weiter diskutiert werden muss. Die #JUKON12 konnte hier kein Ergebnis herbeiführen, jedoch sollte sich die Landesregierung um eine Lösung kümmern. Auch hier kam der Vorschlag, mit einer Kampagne zu arbeiten. Unternehmen könnten durch Kampagnen über die Arbeit der Frauen in höheren Positionen aufgeklärt werden und sich für Einstellungen von Frauen auch in Führungsetagen aussprechen. Frauen wollen – genauso wie Männer – nach Leistung und nicht nach Geschlechtszugehörigkeit beurteilt werden. Ist eine Frau gut in ihrem Job, so sollte sie auch die Chance auf eine Tätigkeit in einer höheren Position bekommen. Eine Frauenquote würde aber genau wieder mehr stereotypes Rollenverständnis herbeiführen. In diesem Zusammenhang ist vor allem wichtig, das einseitige Bild der Frau und die Entscheidung: Kind oder Karriere zu eliminieren. Beides muss und kann vor allem auch parallel möglich sein und dieses Verständnis muss insbesondere in den Führungsetagen mehr und mehr erreicht werden.

TITEL DES DENKRAUMS

„Wissen schafft Chancen: Wie kann uns Forschung helfen, eine lebenswerte Zukunft zu gestalten?“

LEITFRAGEN DES DENKRAUMS

Wissen schafft Chancen

- Wie kann Forschung helfen, eine lebenswerte Zukunft zu gestalten?
- Findest Du, dass Forschung unser Leben besser machen kann?
- Welches sind für Dich die wichtigsten Forschungsfelder – und warum?

Wir leben in spannenden Zeiten, denn unsere Welt verändert sich rasant. Weltweite Umweltveränderungen, das Aufbrauchen der natürlichen Rohstoffe unseres Planeten und immer mehr Menschen auf der Erde, die nach Lebensverhältnissen wie unseren streben – das sind Teile einer Entwicklung, die man Globaler Wandel nennt.

Dieser Wandel bringt Herausforderungen mit sich, die sich mit bisherigem Wissen, bekannten Strategien und erprobten Technologien nicht bewältigen lassen. Forschung, die zielgerichtete Suche nach neuem Wissen, ist wichtig, um damit Probleme lösen zu können, die bisher nicht lösbar waren, sei es in der Energie- und Klimaforschung, der medizinischen Forschung, der Ernährungsforschung oder auch in sozialwissenschaftlichen Fächern wie der Bildungsforschung.

Gerade wir in Deutschland sind hier gefragt. Gerade wir als Land der Wissenschaft sind gefordert, einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität zu leisten – und zwar nicht nur hier bei uns, sondern weltweit. Dafür brauchen wir viele kluge Köpfe in der Wissenschaft. Und wir brauchen die gesellschaftliche Akzeptanz dafür, dass wir in diesem Feld viel Geld investieren.

Daraus ergeben sich viele weitere Fragen, von denen hier nur einige wenige formuliert werden sollen:

- Bist Du persönlich schon mal mit Forschung in Kontakt gekommen? Gibt es hier genug Anregungen für Dich oder siehst Du eher Hürden?
- Findest Du, dass Wissenschaft und Forschung in unserer Gesellschaft den richtigen Stellenwert haben? Tun zum Beispiel unsere Schulen und unsere

Hochschulen genug, um für Forschung zu begeistern? Oder müssen wir hier noch mehr tun? Hast Du dazu konkrete Vorschläge?

- Auf welche Fragen sollte Forschung in den nächsten zehn Jahren unbedingt Antworten gefunden haben? Oder anders gefragt: Stelle Dir vor, Du hast eine Million Euro, die Du als Fördergelder ausgeben kannst: Welche drei Wissenschaftsbereiche würdest Du damit unterstützen, damit es dort möglichst schnell Fortschritte gibt?
- Alle reden von der hohen Bedeutung der Naturwissenschaften und der technologischen Forschung. Da kommen die Geisteswissenschaften manchmal zu kurz. Was können aus Deiner Sicht die Geisteswissenschaften, z.B. die Historiker, die Soziologen oder auch die Bildungsforscher dazu beitragen, dass unsere Zukunft noch lebenswerter wird?

FACHLEUTE DES WORKSHOPS AM 21. AUGUST

- **Svenja Schulze**, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen
- **Prof. Petra Schweizer-Ries**, Nachhaltigkeitswissenschaft mit sozialwissenschaftlicher Ausrichtung, Institut für Zukunftsorientierte Kompetenzentwicklung IZK
- **Prof. Dr. Karlheinz Brandenburg**, Leiter des Fachgebietes Elektronische Medientechnik, Direktor des Fraunhofer-Instituts für Digitale Medientechnologie

SPRECHER, MODERATOR UND COMMUNITY-MANAGER

- **Moderatorin:** Christine Lammers
- **Community-Manager:** Christine Pflüger
- **Sprecher:** Guido Falk von Rudorff, Thorsten Rohling

VORBEMERKUNG DER SPRECHER

Dieser Bericht strebt an, die restlichen Argumente für alle diskutierten Themenkomplexe – also auch jene, die keinen direkten Bezug zur Landespolitik aufweisen – komplett wiederzugeben, damit zukünftige Diskussionen auf diesem Kenntnisstand aufbauen können. Dabei wird das Aufführen widersprüchlicher Argumente bewusst in Kauf genommen. Einzig nicht enthalten sind von der Community verworfene Ideen oder Vorschläge. Die Reihenfolge der Themen entspricht dem Detailgrad der Überlegungen.

Die im Internet geführte Diskussion ist im Folgenden mit der Gruppenarbeit auf der Konferenz zusammengefasst; eine separate Auflistung der Ergebnisse der einzelnen Phasen ist aus Übersichtlichkeitsgründen entfallen.

ABSCHLUSSBERICHT DER SPRECHER

1. Präsentation von Forschungsergebnissen

Viele Teilnehmer fragten angesichts der immer größer werdenden Menge an Wissen danach, ob es ausreichend sei, wenn nur Experten einen Überblick über eine Thematik hätten, oder ob nicht zumindest grundlegendes Wissen weit verfügbar sein sollte. Sie forderten die Vermittlung von Wissen über leicht verständliche Grundlagenliteratur und wiesen auf die Möglichkeiten von Medien wie Film und Internet hin. Messen wie der IdeenPark, der den Rahmen für die Konferenz gab, wurden genauso als eine Möglichkeit der Wissensvermittlung angesehen, wie die Werbung für Forschungsthemen durch Wissenschaftler. Als Beispiel wurde der *science slam* zu Beginn der Konferenz genannt. Allerdings dürfe sich das Engagement nicht darin erschöpfen, solche Veranstaltungen zu organisieren, sondern diese müssten dann auch aktiv in Schulen, Jugendzentren o.ä. beworben werden.

In der Diskussion wurde ein Hauptproblem identifiziert: Ergebnisse aktueller Forschung erfahren nur eine geringe mediale Aufmerksamkeit und können so nur selten für die Wissenschaft und die Arbeit an einer Hochschule werben.

Als Defizit wurde v.a. die z.B. in Fachzeitschriften übliche komplexe und umfassende Darstellungsweise ausgemacht, die es weiten Teilen der Bevölkerung nicht ermöglichen könne, mit vertretbarem Zeitaufwand die wesentlichen Punkte der jeweiligen Arbeiten zu erkennen. Neben der Unterstützung von wissensvermittelnden Sendungen wie „Knoff hoff“ oder „Quarks & Co“ wurde ein weiterer Weg vorgeschlagen, da viele Teilnehmer die Hochschulen in der Pflicht sahen: Die Hochschulen sollen angeregt werden, ihre Forschungsergebnisse auf etwa Oberstufenniveau zusammenzufassen. Diese Tätigkeit könnte von Wissenschaftsjournalisten an den Hochschulen übernommen werden.

Einige Teilnehmer sahen die Gefahr, dass diese Publikationen – in welcher Form auch immer – nur einige unter vielen werden könnten. Aus diesem Grund wurde die Ansicht vertreten, es sei die Aufgabe der Lehrer, diese Materialien in der Schule einzusetzen und auf die freie Verfügbarkeit derselben hinzuweisen. Den Teilnehmern ist bewusst, dass der Einsatz dieser Materialien durch die Lehrer außerhalb des regulären Unterrichts eine zusätzliche Belastung darstellt, die mit

den zahlreichen anderen Anliegen konkurriert, die an die Lehrerschaft herangetragen werden. Einige Teilnehmer forderten daher eine Reduktion des Lehrdeputats für diejenigen Lehrer, die sich durch das Anbieten von AG besonders engagieren.

Die Community äußerte so die Hoffnung, die Maßnahmen könnten in der Summe dazu beitragen, dass Forschungspublikationen die Kluft zwischen Komplexität der Sachverhalte einerseits und der Anschaulichkeit der Darstellung andererseits überwinden können.

Das könne wiederum durch ein phänomenologisches Vorgehen in der schulischen Wissensvermittlung begleitet werden, bei der nicht ausgehend von der Theorie praktische Beispiele angeführt würden, sondern vielmehr praktische Experimente und Erfahrungen den Ansatzpunkt für theoretische Überlegungen böten. So solle die Neugierde der Schüler früher geweckt werden, indem sie selbst in der Schule - auch unter Einbeziehung einer Hochschule - etwas erforschen oder ausprobieren können. Diese Kooperationen seien, so einige Teilnehmer, dazu in der Lage, die Bereitschaft von Forschern zu nutzen, über ihre Arbeit zu sprechen und würden so den direkten Kontakt in die Forschung erleichtern.

Da die mediale Aufmerksamkeit i.d.R. nur wissenschaftlichen Erfolgen entgegengebracht wird, wurde vorgeschlagen, vermehrt Wissenschaftsgeschichte einem breiten Publikum nahe zu bringen, da so gezeigt werden könne, dass auch Wissenschaft nicht immer so geradlinig und genial ablaufen würde, wie sie gerne dargestellt werde. Das könne dazu beitragen, dass Wissenschaftler eher als integraler Bestandteil der Gesellschaft akzeptiert würden. Dahingegen könne Unverständnis für technische Fragen oder Unverständnis für die Notwendigkeit von Forschung zur Ablehnung von Wissenschaft insgesamt führen. Nicht zuletzt daher sei der Bildungsstand eines Landes wichtig für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes.

2. Numerus Clausus und Abitur

In der Gerechtigkeitsdebatte um den NC stellt sich rasch die Frage: *Wie kann die Zugangssteuerung für Hochschulen den Bewerbern gerecht werden?*

Auch wenn die Schulnoten als alleinige Basis des NC von einigen noch akzeptiert wurden, die darauf hinwiesen, dass die Komplexität der Auswahlkriterien aus Transparenzgründen nicht zu hoch sein dürfe und dass eine praktikable Lösung mit vertretbarem Organisationsaufwand nötig sei, so sprach sich die Mehrheit dafür aus, weitere Informationen über den Bewerber während des Auswahlverfahrens zu berücksichtigen.

Schulnoten allein sind nicht aussagekräftig. Vielmehr sind Praktika, AG, ehrenamtliches Engagement, Wettbewerbsteilnahmen, das Schulprofil sowie die persönliche Studien- und Berufseignung ebenfalls zu berücksichtigen. Auswahlgespräche, Essays und Eignungstests sind zur Einschätzung des Bewerbers besser geeignet.

Einige Teilnehmer wiesen darauf hin, dass durch die Berücksichtigung ehrenamtlichen Engagements *en passant* auch die Bereitschaft für solche freiwilligen Dienste an der Gesellschaft gestärkt werden könne. Die Studieneignung ließe sich nach Vorschlag einiger Teilnehmer dahingehend evaluieren, dass studienrelevante Fächer, so sie während der Schulzeit belegt wurden, einen durchgehend besonders großen Einfluss auf die für die Studienplatzvergabe relevante Durchschnittsnote bekämen.

Eine Alternative zum NC sei das „niederländische Modell“: Hier werde zunächst jeder zugelassen und dann nach Leistung an der Hochschule gefiltert. Ein weiteres Modell sehe vor, dass die eine Hälfte der Studienplätze nach Leistung und die andere Hälfte nach sozialen Kriterien vergeben werden solle.

Ein häufiger Kritikpunkt wurde dahingehend zusammengefasst, dass Schulnoten nur Fleiß, Hartnäckigkeit und Arbeitsbereitschaft, nicht aber Wissen und Intelligenz messen würden. Darüber hinaus würde eine bestimmte Leistung nicht zu reproduzierbaren Noten bei verschiedenen Lehrern, an verschiedenen Schulen oder in verschiedenen Bundesländern führen, sodass die starke Objektivität zu einer systemimmanenten Ungerechtigkeit führe. Auch sei es erstrebenswert zu einem Vergabeverfahren zu finden, bei dem die Leistung der jeweils anderen Bewerber eines Jahrgangs keine Rolle spiele. Dieses Vergabeverfahren solle dann auch die in den Bundesländern unterschiedlich geregelte Anerkennung von Sonderformen des Abiturs einheitlich regeln.

Die Notwendigkeit des NC sei eine Konsequenz mangelnder Studienplätze, die auch, dank sinkendem Anforderungsniveau, auf steigende Abiturientenzahlen zurückzuführen seien. Der Doppeljahrgang stelle eine besondere Gefahr für die Qualität des Abiturs und der Studienabschlüsse dar.

Der mangelnden Verfügbarkeit von Studienplätzen könne man durch Fernuniversitäten begegnen, hieß es in der Diskussionsrunde. Die Kritik an der Qualität des Abiturs wurde von einigen Teilnehmern jedoch nicht mitgetragen: Das Abitur sei international geschätzt und wettbewerbsfähig.

3. Gentechnik – Chancen, Risiken und ethische Grenzen

Eines der Forschungsthemen der Zukunft wurde detaillierter diskutiert: *Soll Forschung an Gentechnik politisch unterstützt werden?*

Befürworter der Gentechnik führen an, dass wirtschaftliche Vorteile zu erwarten seien, dass Arbeitsplätze geschaffen würden und dass möglicherweise ein Verzicht auf Pflanzenschutzmittel realisierbar sei. Einige waren der Meinung, Gentechnik sei *de facto* nichts anderes als schnelleres Züchten und könne bei Problemen in der Medizin und der Landwirtschaft helfen. Auf diese Weise könne eine gestiegene Nahrungsmittelproduktion ein Beitrag zur Hungerbekämpfung sein.

Gegner der Gentechnik warfen ein, dass künstliche Pflanzen heimische Arten verdrängen könnten, dass Gentechnik Monokulturen und Unternehmensmonopole begünstigen würde.

Forschung an Gentechnik müsse sorgfältig geprüft werden, da die Inkaufnahme nicht abschätzbarer Folgen ethisch nicht vertretbar sei.

Einige Teilnehmer waren der Meinung, irrationale Ängste würden die emotionale Debatte prägen und ein politisches Risiko für die Arbeitsplätze von Forschern schaffen. So sei ein Monopol die logische Konsequenz der hohen Wirtschaftskraft, die für die Forschung an Gentechnik nötig sei.

Bei der Gentechnik sei keine nationale oder regionale Lösung ausreichend. Durch hohe internationale Zulassungshürden könnten die Vorteile der Gentechnik verantwortungsvoll genutzt werden.

4. Präimplantationsdiagnostik

Die zentrale Frage dieses Themenkomplexes lautete: „*Wie weit darf PID legal bleiben?*“

In der Diskussion sprachen sich einige dafür aus, unter Einschränkungen PID zuzulassen, da nicht alle Eltern psychisch in der Lage dazu seien, ein behindertes Kind zu erziehen. Die Vertreter dieser Meinung sahen es als sinnvoll an, Eltern mit Erbkrankheiten den Zugang zu PID offen zu halten. Es sei offen, wie viele Eltern mit Erbkrankheiten den Test auch in Anspruch nähmen, jedoch sei das Entwickeln und Zulassen von Möglichkeiten auch ein wichtiger Teil der Wahlfreiheit.

Gegner warnten vor Sozialdarwinismus als Begleiterscheinung der Suche nach dem perfekten Menschen. Darüber hinaus sehen sie das Risiko, legale PID könnte werdende Eltern unter Druck setzen, die Technik anzuwenden und Eltern eines behinderten Kindes mit der Frage konfrontieren, warum sie sich gegen den Test entschieden hätten.

Viele Teilnehmer sehen die Grenzziehung bei einer Öffnung der PID als Schwierigkeit und stark beeinflusst von der Frage nach dem Zeitpunkt des Beginns von Leben.

Die Würde des Lebens sei nicht nur bei ungeborenen Kindern, sondern auch bei werdenden Eltern zu schützen. So gesehen sei PID ein schmaler Grat ethischen Interessenausgleichs.

Manche Teilnehmer sehen gesunde Kinder von Eltern mit Erbkrankheiten einer besonderen Mobbing-Gefahr ausgesetzt.

Die Fragestellung sei für die Eltern zu persönlich, als dass eine gesetzliche Regelung dem Einzelfall gerecht werden könnte. Aufgabe der Politik sei es, echte Wahlfreiheit herzustellen.

Dennoch halten die meisten Teilnehmer es für sinnvoll, Wunschaussagen und -geschlecht nicht zuzulassen, sondern schlagen vor, die Aufklärung über das Leben mit und von Behinderten im Kindergarten und in der Schule zu intensivieren. Einige Teilnehmer halten das Inklusionsprinzip für eine hinreichend effiziente Methode, dieses Ziel zu erreichen.

5. Gesellschaft und Wissenschaft

Ein wesentlicher Teil der Konferenz war dem Zusammenspiel zwischen Gesellschaft und Wissenschaft gewidmet – die Kernfrage lautete: *Wie kann man der Gesellschaft Forschung näher bringen?*

Die Teilnehmer konstatierten zunächst einige Schwierigkeiten, die es zu überwinden gelte. So bestünden Vorurteile gegenüber Innovationen aufgrund mangelnder Informationen über die Forschung und die Nützlichkeit der Ergebnisse. Das führe zu einem negativen Image des Berufs Wissenschaftler und einer damit verbundenen geringen Attraktivität des Berufs für Jugendliche. Wissenschaft sei aus Sicht der Gesellschaft oft abgehoben und realitätsfern, weil Wissenschaftler ihre Arbeit nicht der Allgemeinheit zugänglich machten und selbst eine elitäre Gruppe bildeten.

Eine deutlichere Wahrnehmung der Forschung als Teil der Gesellschaft sei wünschenswert, da der gemeinsame Ideenaustausch zwischen Forschern und Laien innovationsfördernd wirken könne und obendrein wissenschaftliche Ideen z.B. im Zusammenhang mit dem Klimawandel rascher von der Bevölkerung akzeptiert und umgesetzt würden.

Mögliche Lösungen bestünden in der Konkretisierung dieser Idee: Ziel müsse die Schaffung von offenen Formen des Austausches zwischen Wissenschaftlern und der Gesellschaft sein.

Das könne aus Sicht der Teilnehmer dadurch geschehen, dass Wissenschaft im Alltag durch Medien und Schule aufgezeigt werde, dass verstärkt über positive Effekte aus der Forschung gesprochen werde, sodass auch Menschen vor der Berufswahl erreicht werden können. Insgesamt helfe eine bessere Eigenwerbung der Hochschulen oder aber solche Veranstaltungen wie der IdeenPark.

6. Open Access

Auch mit öffentlichen Mitteln zumindest teilweise finanzierte Forschungsergebnisse seien in den meisten Fällen durch die Publikation in Fachzeitschriften für die breite Masse nicht frei verfügbar.

Einige Teilnehmer sehen in dem *status quo* eine historisch gewachsene Problematik, die sich daraus ergebe, dass die Reputation von Forschern sich zu einem nicht unwesentlichen Teil aus der Publikationsliste speise und dass dabei nur Publikationen in anerkannten, dem *peer review*-Prozess unterliegenden Journalen Berücksichtigung fänden. Da diese Journale den Zugriff auf die Berichte meist nur kostenpflichtig ermöglichten, sei es für die Forscher nicht möglich, alle Forschungsergebnisse frei offen zu legen.

Andere befürworten das *Open Access*-Modell: Alle Ergebnisse von mit öffentlichen Mitteln finanzierter Forschung sollten offengelegt werden und kostenfrei durch jeden Bürger einsehbar sein. Die Umsetzung dieses Modells solle zu Einsparungen an den Hochschulen durch reduzierte Ausgaben für Fachzeitschriften führen und zugleich innovationsfördernd wirken, da so die Zugangsschwelle zu Wissen gesenkt würde. So könnten dann öffentliche Mittel auch zu öffentlichen Informationen führen. Eine Realisierung sei nach US-amerikanischem Vorbild über eine gesetzliche Vorgabe möglich.

Ein online im Rahmen dieses Themas genannter Aspekt ist auf der Konferenz aufgegriffen und vertieft worden: Für weite Teile der Bevölkerung seien die aktu-

ellen Forschungsergebnisse ohnehin unverständlich, sodass die mangelnde Verfügbarkeit derselben für einen Großteil der Bürger nur geringes Gewicht habe.

Die Argumente zu diesem Thema sind im Abschnitt „Präsentation von Forschungsergebnissen“ detailliert aufgeführt.

7. Patente

Wie können insbesondere im IT-Umfeld KMU vor Trivialpatenten geschützt werden?

Viele Diskussionsteilnehmer waren der Ansicht, Patentklagen seien ein großes Risiko für kleine und mittlere Unternehmen und würden somit im Extremfall innovationshemmend statt -fördernd wirken, weil sich die Innovationskraft zu größeren Unternehmen verschieben werde, die über hinreichend finanzielle Mittel verfügten. Dem hielten Verfechter eines strengen Patentschutzes entgegen, dass solche Streitigkeiten systeminhärent und nicht verhinderbar seien; vielmehr führe eine Lockerung des Patentschutzes zu sinkender Innovationskraft.

Aus Sicht einiger Teilnehmer ist insbesondere die IT-Branche selbst für die Probleme verantwortlich. Die Mehrheit der Teilnehmer lehnte aber Sonderregelungen für einzelne Branchen ab.

Stattdessen wurden andere Wege vorgeschlagen: Einschränkungen der patentierbaren Erfindungen und höhere Anforderungen an die erfinderische Tätigkeit könnten das Patentsystem auch für aktuelle Techniken wappnen.

8. Kooperation zwischen Hochschulen und Unternehmen

Sollen Kooperationen von Hochschulen und Unternehmen gefördert werden?

Die Gegner einer Ausweitung der Kooperationen fürchten, Forschungsergebnisse könnten interessegeleitet werden und fordern, die Unabhängigkeit der Hochschulen zu erhalten. Das ermögliche nebenbei eine einfachere Umsetzung von Open Access, da dann kaum noch Interessen Dritter zu berücksichtigen seien. Befürworter sprechen von einer fruchtbareren Zusammenarbeit, die möglich würde und einer praxisorientierteren Lehre. Zusätzlich würden solche Kooperationen den Steuerzahler entlasten, da die Zuwendungen reduziert werden könnten, wobei Forschungsfreiheit gewährleistet bleiben müsse. Der Sorge nach Unabhängigkeit

der Lehrinhalte begegnen sie mit dem Hinweis, dass die Einflussnahme auf Forschungsthemen nicht automatisch zu einer Einflussnahme auf Lehrinhalte führen müsse.

Einige Teilnehmer fordern, man solle bei einer etwaigen Förderung im Rahmen der Kooperationen bei den Ergebnissen deutlich darauf hinweisen, wer diese Forschungsarbeit finanziert habe. Das sei derzeit bei wissenschaftlichen Publikationen zwar üblich, aber nicht obligat. Zwei weitere Einschränkungen zur Zustimmung wurden von einigen Teilnehmern genannt.

Hochschulen dürften nicht zu billigen Forschungs- und Entwicklungsabteilungen von Unternehmen werden. Die Praxisnähe des Studiums sei sorgfältig zu evaluieren: ein Studium sei keine Berufsausbildung.

Bei der Frage nach konkreten Verfahrensvorschlägen haben sich zwei Punkte herauskristallisiert:

- Ein bestimmter Teil der Professoren soll zeitweilig in einem Unternehmen gearbeitet haben. Kooperationen bei Fachhochschulen können enger gefasst werden, Universitäten sollen eher zurückhaltend sein.
- Viele sprachen sich – gerade im Hinblick auf die Qualitätsdebatte um das Abitur – gegen eine Mittelzuweisung nach Absolventenquote, aber auch gegen Einschränkungen bei der Drittmittelinwerbung aus.

9. Wissenschaftsstandort Deutschland

Die meisten Teilnehmer waren sich einig, dass Deutschland wirtschaftlich zwar stark sei, im Bildungs- und Forschungssystem jedoch noch Verbesserungspotenzial habe.

Wie kann man die internationale Stellung Deutschlands auch in Zukunft erhalten?

Zuversichtliche Teilnehmer beriefen sich auf den Wissensvorsprung, den Deutschland habe und der für eine bessere Ausgangslage verantwortlich sei. So sei hier auch eine Wissenschaftskultur etabliert, auf die sich das Land der Dichter und Denker gerne berufe. Auch sei in der Produktion nicht nur „Made in Germany“ ein international anerkanntes Qualitätssiegel.

Andere Teilnehmer äußerten die Sorge, dass Arbeiter in Entwicklungs- oder Schwellenländern wie China oder Indien potentiell leistungsbereiter als hiesige seien. Länder wie China auch weiterhin als „Werkbank“ zu betrachten, könne uns den wirtschaftlichen Vorsprung kosten, da so das Kapital in die Fertigungsländer transferiert werde und dort zu einem besseren Bildungsniveau führe. Auch sei die Fokussierung auf wissensbasierte Unternehmen allein riskant und wenig tragfähig. Zudem sei es möglich, dass sich langfristig das Entwicklungsniveau in allen Ländern der Welt angleiche.

Nur über ein Zusammenwachsen Europas – z.B. über die gemeinsame Realisierung von Großprojekten in der Forschung – könne der Vorsprung gehalten werden. Aus dem Wissenschaftsstandort Deutschland müsse ein Wissenschaftsstandort Europa werden.

Für die Finanzierungsschwierigkeiten der Hochschulen sahen die Teilnehmer nicht sofort den Landeshaushalt in der Pflicht, sondern hatten Alternativen im Blick: Kooperationen zwischen Unternehmen und Hochschulen wirken nach ihrer Ansicht innovationsfördernd und könnten so zur wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Prosperität beitragen. So könne nicht zuletzt auch der Beruf Wissenschaftler beliebter gemacht und das Ansehen der Hochschulen gesteigert werden.

Zur Optimierung des hiesigen Vorgehens wurde die Reduktion der Vielzahl verschiedener Bildungssysteme in den Bundesländern vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wurde jedoch nicht uneingeschränkt unterstützt: So sahen einige zwar die Vorzüge eines einheitlichen Bildungssystems innerhalb Europas, andere bevorzugten die bewusste und deutliche Diversifizierung als Wettbewerb der Bildungsmethoden. Einig waren sich die Teilnehmer jedoch darin, dass ein breiteres Interesse an Wissenschaft und wissensbasierten Berufen geschaffen werden müsse. Dazu gehöre auch die Verbesserung der Vertragsgestaltung der Angestellten an Hochschulen, da die Befristung und vergleichsweise niedrige Entlohnung nicht zur Attraktivität beitrage.

10. Ethik (in) der Wissenschaft

Darf man alles, was man kann?

Die Teilnehmer, die obige Frage bejahen würden, wiesen darauf hin, dass Forschung grundsätzlich risikobehaftet sei und dass Ethik Forschung nicht ausbremsen dürfe. Sie forderten ethische und ideologische Freiheit für Forscher. Demgegenüber sprachen sich andere Teilnehmer dafür aus, dass die Forschungsfreiheit z.B. bei Tierversuchen einzuschränken sei und sahen die Ökologie der Forschung

als eine Grundlage ethischen Handelns. Als Kompromiss wurde vorgeschlagen, Forscher aufzufordern, ihre Bewertungsmaßstäbe zu reflektieren und sich der Tragweite ihres Handelns bewusst zu sein. Im Gegenzug solle man ihnen dann Freiheit bei der Wahl der Forschungsthemen gewähren. Das sei nötig, weil ein allgemeingültiger moralischer Maßstab nicht vorhanden sei.

Auch hier wurde der Wunsch geäußert, dass die Politik eher Rahmenbedingungen setzen denn Vorschriften erlassen und diese Rahmenbedingungen regelmäßig auch durch Fachleute überprüfen lassen möge. Die Rahmenbedingungen ergäben sich aus den Grundwerten der Gesellschaft. Viele Forschungsergebnisse seien ambivalent und Zurückhaltung bei Forschungsthemen praxisfern, weil nicht global durchsetzbar. Die Grundwerte der Gesellschaft reichten als alleiniger Maßstab jedoch nicht aus, so einige Teilnehmer, weil Konflikte wie „Heilung durch Stammzellenforschung“ denkbar seien.

Jeder Forscher trage die Verantwortung für die Wahl seines Themas selbst. Ziel hochschulpolitischer Rahmenbedingungen könne aber sein, dieses Bewusstsein zu stärken.

Das sei v.a. deshalb wichtig, weil die Forschungsergebnisse z.T. unumkehrbare globale Folgen haben könnten.

11. Forschungsthemen der Zukunft

Obwohl einige Teilnehmer der Ansicht waren, dass die Frage nach den wichtigsten Forschungsbereichen nicht der Zielsetzung wissenschaftlichen Arbeitens entspreche, so sind v.a. online eine Menge Vorschläge zusammengetragen worden: Gentechnik, regenerative Energieträger – hier insbesondere Kernfusion –, Energiespeicherung, CO₂-Nutzung und -Reduktion, Reduktion des Energiebedarfs, Umwelttechnik, Medizin – insbesondere Onkologie –, Mikrobiologie, Biotechnologie, Versorgungssicherheit in Bezug auf Nahrungsmittel und Wasser, Wirtschaft, Recycling von Altöl, Kommunikation und Elektrotechnik mit Schwerpunkt auf sparsamere Transportverfahren und Elektroautos. Aber auch an etablierten Techniken, die ökologisch bedenklich seien, solle weiter geforscht werden: So fügten einige Teilnehmer die Thematik energieeffizientere Getriebe in die Liste ein. Einige Teilnehmer sprachen sich für den Erhalt der Zivilklausel aus, andere stellten auch hier die Nutzenfrage in Bezug auf Großprojekte.

Ziel der öffentlichen Förderung von Forschung sei Wachstum durch Innovation. Daher sei seitens der Politik unbedingt Forschungsfreiheit zu gewähren – auch in umstrittenen Bereichen wie der Gentechnik. Schließlich sei es u.a. auch Aufgabe

der Forschung, etablierte Meinungen zu analysieren und zu hinterfragen. Die Politik möge die Rahmenbedingungen zwar definieren, solle aber von gesetzlichen Schranken Abstand nehmen. Insgesamt sehen die Teilnehmer der Konferenz jedoch internationale Aspekte und Fragestellungen dank der globalisierten Umwelt auf dem Vormarsch.

Nachteilige Entdeckungen seien nicht verhinderbar. Es liege in der Verantwortung der Forscher, zu erkennen, wie weit sie gehen dürfen. Die Forschung selbst müsse ihre Themen ohne Vorgaben finden.

Die Frage nach der Ethik in der Forschung wird in einem eigenen Abschnitt behandelt. Generell seien jedoch innerhalb ethischer Grenzen die Forschungsinhalte beliebig durch die Wissenschaftler wählbar. Als Teil der Gesellschaft wählten sie mehrheitlich auch gesellschaftlich relevante Themen aus und seien somit selbstregulierend tätig.

12. Fernuniversitäten

Wie können Fernuniversitäten dazu beitragen, die Studiensituation insgesamt zu verbessern?

Die bisherige Zugangsfreiheit, dass Fernuniversitäten keinen NC definieren, soll nach Meinung vieler Teilnehmer ausgebaut werden, indem man nicht nur Abiturienten zulässt, um so einen Einblick in die Studienwelt zu ermöglichen. Fernuniversitäten seien ein wichtiges Hilfsmittel, um möglichst vielen Menschen ein Studium und damit bessere Berufschancen zu eröffnen. Des Weiteren seien sie hilfreich, da man das gewohnte soziale Umfeld nicht aufgeben müsse, um die Lieblingsuniversität besuchen zu können. Kritiker sehen in dem letzten Punkt den Anreiz, sich nicht in neue Umgebungen einzufinden.

13. Eliteuniversitäten

Wie verbessert die Exzellenzinitiative die Studienbedingungen?

Einige Teilnehmer waren unsicher, ob sich die Exzellenzinitiative überhaupt auf die Qualität der Lehre auswirke, da der Förderungsschwerpunkt als die Forschung definiert sei.

Der Begriff „Elite-Universität“ sei irreführend, da nicht die gesamte Hochschule, sondern nur einige Forschungsbereiche gefördert würden. Die Lehre werde allenfalls indirekt über bessere Geräte und Lehrkräfte beeinflusst.

14. Nutzung öffentlicher Rechner für wissenschaftliche Zwecke

Soll BOINC auf öffentlichen Rechnern installiert werden, um die Forschung zu unterstützen?

Kern dieser Idee ist BOINC, eine Software, die vorwiegend wissenschaftliche Berechnungen auf Heimcomputern ermöglicht und üblicherweise ungenutzte Ressourcen im Hintergrund in Anspruch nimmt.

Befürworter sehen darin eine Möglichkeit, bei hinreichender Präsentation der Projekte, denen die Rechenleistung zugute kommt, das Interesse an der Forschung zu steigern. Zudem könne man die Rechner dann besonders arbeiten lassen, wenn Solar- und Windstrom verfügbar wären, um die Lastspitzen abmildern zu können. Kritiker wiesen darauf hin, dass der Stromverbrauch vergleichsweise hoch sei und dedizierte Rechenzentren mit weniger Energieaufwand das gleiche Rechenergebnis liefern könnten. Beide Seiten waren sich einig, dass im Falle einer Umsetzung Transparenz in Bezug auf die Ziele, die Umsetzung und den Projektfortschritt oberstes Ziel sein solle.

15. Bachelor und Master

Ist die Bologna-Reform erfolgreich?

Die meisten Teilnehmer begrüßten die Zielsetzung der Reform hinsichtlich der Internationalität, der Vergleichbarkeit und der Flexibilität, waren aber mit der konkreten Umsetzung unzufrieden. So sei ein Bachelor-Abschluss allein kaum marktfähig, insbesondere da durch die gekürzte Studienzeit weniger Gelegenheit bleibe, ausführlich Verständnis für Zusammenhänge zu entwickeln. Somit sei ein Master-Abschluss weniger hochwertig als ein Diplom. Viele der Teilnehmer wiesen allerdings darauf hin, keine konkreten Erfahrungen im direkten Vergleich zwischen Diplom und Masterstudiengang aufzuweisen.

16. Weltraum-Forschung als Beispiel für Großprojekte

Sind wissenschaftliche Großprojekte hinsichtlich der Kosten zu rechtfertigen?

Online wurde anhand des Beispiels der Weltraumforschung diskutiert, inwiefern Großprojekte wie Mond- und Marsmissionen gerade bei aktueller kontextueller Einordnung sinnvolle Projekte seien, da der hohe Finanzbedarf zu Schwierigkeiten bei der Rechtfertigung der Projekte führen könne und somit die Kosten auf jeden Fall kontinuierlich zu überprüfen seien. Einige Teilnehmer wiesen darauf hin, dass neben den Forschungsergebnissen auch eine bessere internationale Zusammenarbeit aus solchen Projekten resultieren könne. Auch wirke Forschung dieses Maßstabes aufgrund der guten medialen Rezeption – gerade bei Astrophysik und Raumfahrt – als wichtiger Mittler zwischen Gesellschaft und Wissenschaft. Dem Argument, dass solche Großprojekte nötig seien, um den Entdeckergeist zu befriedigen, wurde von einigen Teilnehmern entgegengehalten, dass es auch hinreichend Probleme auf der Erde gebe, derer sich die Forscher annehmen könnten und dass die wohlhabenderen Länder eine Verantwortung für die Probleme und Nöte ärmerer Länder wahrzunehmen hätten.

TITEL DES DENKRAUMS

„Besser alt werden: Wie willst Du in 50 Jahren leben?“

LEITFRAGEN DES DENKRAUMS

Besser alt werden

- Wie willst Du in 50 Jahren leben?
- Was passiert aus Deiner Sicht, wenn es immer mehr Alte und immer weniger Junge gibt?
- Wie, wo und mit wem willst Du leben, wenn Du alt bist?

Die Bevölkerung Deutschlands schrumpft und sie wird älter. Einer wachsenden Zahl alter Menschen stehen immer weniger junge Menschen gegenüber.

Es gibt zwar viele Prognosen und Vermutungen, was sich dadurch verändert in unserer Gesellschaft, denn der demographische Wandel ist ein Megathema, das längst zahllose Wissenschaftler beschäftigt. Tatsächlich aber können wir uns heute kaum vorstellen, wie stark sich unser Leben verändern wird. Und: Gerade wenn man jung ist, denkt man häufig nicht darüber nach, wie das Leben sein wird, wenn man selber alt ist – es sei denn, man macht besondere Erfahrungen in der Familie, in einem freiwilligen sozialen Jahr oder interessiert sich z.B. für einen Pflegeberuf.

Die Alten brauchen die Unterstützung der Jungen. Und jeder will selbst im Alter ein erfülltes Leben haben und vielleicht auch seinerseits jüngere Menschen vom eigenen Wissens- und Erfahrungsschatz profitieren lassen. Wie bringen wir das in Zukunft zusammen? Wie stellst Du Dir Dein Leben in 50 Jahren vor?

Daraus ergeben sich viele Fragen, von denen hier nur einige wenige formuliert werden sollen:

- Wie, wo und mit wem willst Du leben, wenn Du alt bist? In dem Haus, das Du Dir 30 Jahre vorher gebaut hast? Allein in einer Etagenwohnung ohne Lift? Oder doch lieber in einem Seniorenheim oder in einer Wohngemeinschaft? Wo ist dann eigentlich Deine Familie? Was erwartest Du von Deinen Angehörigen, wenn Du z.B. krank bist und Pflege benötigst?
- Welche Beiträge können Wissenschaft und Forschung z.B. in der Medizin leisten, damit das Leben in Zukunft im Alter noch lebenswerter wird? Welche Produkte und Hilfsmittel wünschst Du Dir?

- Was kann ich als junger Mensch tun, um das Zusammenleben mit den Alten zu verbessern? Und was kann ein alter Mensch mit seiner gesammelten Lebenserfahrungen jungen Menschen bieten?
- Trennt man in Zukunft noch so stark wie heute zwischen aktivem Erwerbsleben und Rentenalter?
- Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit Du Dir einen Beruf z.B. in der Betreuung und Pflege von alten Menschen vorstellen kannst?

FACHLEUTE DES DENKRAUMS AM 21. AUGUST

- **Barbara Steffens**, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen
- **Prof. Barbara Schwarze**, Vorstandsvorsitzende des Kompetenzzentrums Technik-Diversity-Chancengleichheit e.V., Bielefeld
- **Prof. Dr. Dr. Klaus Dörner**, Mediziner, Sozialpsychiater

SPRECHER, MODERATOR UND COMMUNITY-MANAGER

- **Moderatorin:** Ilka Anger
- **Community-Manager:** Moritz Erich
- **Sprecherin/Sprecher:** Julia Felger, Daniel Derix

ABSCHLUSSBERICHT DER SPRECHER

1. Lebensformen im Alter – Wie sieht unsere Welt in 50 Jahren aus?

a) Informationsbedürfnis

Es besteht ein großes Informationsbedürfnis bei den Jugendlichen zu diesem Thema. Sie wollen jetzt schon vorsorgen, können aber nicht, weil sie nicht wissen, wie. Auch ist das Bedürfnis nach Information sehr groß, was den Bereich der Pflegeberufe betrifft. *Die Jugendlichen wünschen sich, dass über diese Berufe mehr berichtet wird. Der Vorschlag wurde gemacht, dass Berufe aus dem Pflege- und Sozialbereich besser beworben werden und vor allen Dingen positiv, so dass sich mehr junge Menschen*

dafür interessieren und begeistern können damit kein Mangel an Pflegekräften entsteht.

b) **Selbstbestimmungsrecht**

Den Jugendlichen ist es wichtig, dass sie im Alter die *Möglichkeit haben selbst zu bestimmen, was sie machen, wo sie leben und wie sie leben möchten*. Sie möchten nicht ungefragt in ein Altenheim gesteckt werden und äußerten darüber auch Ängste. Auch gibt es einige, die ihrer Familie nicht zur Last fallen wollen, wenn sie später pflegebedürftig sind und gerne eine Alternative hätten.

c) **Allroundkonzept/Betreuungsmix**

Das Allroundkonzept soll eine Alternative zu dem bekannten Heimaufenthalt und der Vollzeit-Familienpflege darstellen und ist, nach der Meinung der Jugendlichen, ein guter Lösungsansatz. *Das Allroundkonzept soll eine Mischung aus familiärer Pflege und Betreuung durch professionelles Pflegepersonal darstellen*. So sind die Angehörigen nicht überlastet, aber der Bedarf an Hilfe ist gedeckt. Auch soll es umgekehrt funktionieren, dass Rentner sich ihrer Enkel oder Tageskinder annehmen, sodass die Eltern problemlos arbeiten gehen können. Dadurch könnte auch ein neuer Weg gefunden sein, den demographischen Wandel einzuschränken oder sogar zu stoppen.

d) **Rentner-WGs**

Die Rentner-WG stellt auch eine sehr gute Alternative zum Heimaufenthalt dar. *Diese WG soll als Treffpunkt für Rentner funktionieren, die noch alleine leben können, allerdings gerne Kontakt zu gleichaltrigen haben*. Die Pflegebedürftigen können dort leben, und die Rentner versorgen sich bis zu einem gewissen Punkt gegenseitig. Als Vorbild steht das betreute Wohnen für Jugendliche. Die WGs sollen zwar auch durch Pflegepersonal überwacht werden, allerdings nicht 24 Stunden am Tag.

e) **Klassifizierung nach Bedarf**

Ganz wichtig ist es den Jugendlichen, dass nicht alle Rentner in eine Kategorie fallen. *So soll unterschieden werden: zwischen sehr fitten Rentnern, die vollständig allein und selbstständig leben können und auf keinerlei Hilfe angewiesen sind; zwischen älteren Menschen, die in ihrer*

Mobilität eingeschränkt sind, allerdings nicht unter Demenz oder starker Altersschwäche leiden und somit auch selbstständig leben können und nur geringe Hilfe benötigen; und Senioren, die wirklich auf Hilfe angewiesen sind, da sie eventuell unter starker Demenz leiden oder einer sehr starken körperlichen Einschränkung. Wenn alt nicht gleich alt bedeutet, würde eventuell auch ein viel agileres und lebensfroheres Handeln bei alten Menschen statt finden.

2. Organspende

a) Flächendeckende Aufklärung in allen Altersgruppen - Angst nehmen

Es muss eine Aufklärung gewährleistet sein, damit die Deutschen ihre Angst vor dem Thema verlieren und eher eine Entscheidung treffen können. Kaum jemand weiß, dass Organspendeausweise an Apotheken kostenlos erhältlich sind. Niemand setzt sich mit dem Thema auseinander, weil keiner darauf aufmerksam macht. Daher die Forderung, *dass das Thema Organspende in den Lehrplan der deutschen Schulen aufgenommen wird und so langfristig eine richtige Aufklärung garantiert ist.* Werden die Schüler mit richtigem Wissen an das Thema heran geführt, werden sie die Angst verlieren. Das gleiche gilt für das Thema Patientenverfügung.

b) Sechs-Augen-Prinzip

Es wurde der Vorschlag gemacht, *dass nicht mehr das Vier-Augen-Prinzip von zwei Ärzten bestehen soll, sondern noch eine Person von einer unabhängigen Kommission zur Überwachung hinzugezogen werden soll.* Damit Sicherheit garantiert wird und auch da wieder Ängste verringert werden können.

c) Thema Tod zugänglicher machen

Außerdem wurde darüber gesprochen, dass das Thema Tod immer noch häufig ein Tabuthema ist, und viele sind der Meinung, dass das nur alte Menschen betrifft. Doch auch als junger Mensch kann man in Form eines Angehörigen plötzlich mit dem Thema konfrontiert werden. *Wir fordern, dass auch durch Umstellung der Lehrpläne das Thema an die Schüler heran geführt wird, damit es aus dem Tabu-Bereich verschwindet.*

d) Entscheidungspflicht

Des Weiteren wird gefordert, *dass Deutschland die Gesetze dahingehend verändert, dass keine Zustimmungslösung mehr besteht, sondern eine Entscheidungspflicht*. Jeder Bürger soll dazu aufgefordert werden, eine Entscheidung zu treffen. Wenn er dies nicht möchte, soll ihm eine gewisse Wartezeit eingeräumt werden, so dass er Zeit hat, um sich mit dem Thema auseinander zu setzen und soll dann nach einem gewissen Zeitraum noch mal informiert werden. Die wichtigste Sache bei dem Thema ist es, eine Entscheidung zu treffen, egal ob positiv oder negativ.

Patientenverfügung

e) Entlastung der Angehörigen

In der Situation eines Angehörigen ist es meistens schwierig oder unmöglich, mit klarem Kopf zu entscheiden. Daher ist das Thema Patientenverfügung ein sehr wichtiges Thema im Denkraum gewesen. Viele waren der Meinung, *dass jeder eine Patientenverfügung haben sollte, um den Angehörigen die Entscheidung abzunehmen*. Das gleiche gilt für das Thema Organspendeausweis.

➔ **Contra Patientenverfügung – die Frage nach der richtigen Entscheidung für den Moment**

Ein anderes Argument zu dem Thema war jedoch, dass man eine Patientenverfügung nie genau auf eine Situation anpassen könne und es deshalb schwierig sei, bevor eine solche Situation eintrete, eine so wichtige Entscheidung zu treffen.

➔ **Möglichkeit zur Durchführung des Patientenwillen auch bei keinerlei Möglichkeit, diesen selbstständig zu äußern**

Andererseits war es für viele auch eine gute Möglichkeit seine Meinung zu äußern, auch wenn man in der Situation nicht mehr die Möglichkeit hat sich zu verständigen, möglicherweise durch eine komatöse Einschränkung. So wird nicht von einem Fremden entschieden, sondern immer noch von einem selbst.

f) Wann ist eine Sterbehilfe berechtigt?

Ab wann darf man „Ja“ zum Tod eines anderen oder von sich selber sagen? Wo liegt die Grenze? Das sind Fragen, die den Denkraum sehr lange beschäftigt haben. Darf man für jemand Anderen Sterbehilfe verlangen? Oder für sich selbst? Es wurde gesagt, dass Sterbehilfe berechtigt ist, wenn man beispielsweise nach einem Schlaganfall körperlich so stark eingeschränkt ist, dass man nur noch auf den Tod wartet. Andererseits wurde dann auch diskutiert, ab wann es medizinisch wirklich sicher ist, dass der Patient stirbt, da es in fast allen Fällen Ausnahmen gegeben hat, die überlebt haben.

➔ Wer trifft die Entscheidung, dass ein Patient sterben soll?

Kann das ein Arzt entscheiden, oder müssen es die Angerhörigen machen? Es wurde darüber diskutiert, dass es schwierig ist zu bestimmen, wer in dieser Situation die Entscheidung fällen soll. Als Vorschlag wurde genannt, dass es der behandelnde Arzt mit den Angehörigen zusammen entscheiden soll.

➔ Kann man den Wunsch des Patienten erst nehmen?

Was ist, wenn der Patient diese Äußerung ausschließlich aus einer Depression oder einer Angst heraus macht? Wie kann überprüft werden, ob der Wunsch ernst gemeint ist? Und wer überprüft das?

➔ Prüfung des Wunsches der Sterbehilfe? Wer soll prüfen und was soll geprüft werden?

Was muss alles bei dem Wunsch der Sterbehilfe geprüft werden? Ob der Wunsch ernst gemeint ist, sollte eventuell von einem Psychologen bestätigt werden. Außerdem besteht selbstverständlich die Frage, ob der Patient wirklich aussichtslos erkrankt ist. Dies wiederum sollte von dem behandelnden Arzt und eventuell, wie bei der Organspende auch, noch von einem zweiten unabhängigen Arzt festgestellt werden, da der behandelnde Arzt aus Sympathie eine falsche Entscheidung treffen könnte.

3. Wohin soll sich die Medizin entwickeln? – Steigt die Lebenserwartung?

- a) Wunsch nach Unsterblichkeit?
- b) Verbesserung der Qualität des Lebens nicht unbedingt möglich
- c) Angst vor Entwicklung neuer Viren und Krankheiten durch Forschung oder Medikamente
- d) Forschung ohne Macht- und Geldgier
- e) Arbeit der Hospize verstärken
- f) Palliativmedizin fördern

4. Rente – nur noch möglich mit privaten Mitteln?

- a) Immer längere Arbeitszeit – immer weniger gesetzliche Rente
- b) Kann man im späten Alter allein von der gesetzlichen Rente leben?
- c) Generationenvertrag ist nicht mehr aktuell – immer weniger junge Leute
- d) Muss man ein zweites privates Rentenstandbein aufbauen?
- e) Früher aufhören zu arbeiten?
- f) Besondere Leistungen für belastende Berufe?
- g) Umschulungen von schweren Berufen auf altersgerechte von Anfang an einplanen?

Berufsunfähigkeitsversicherung

- h) BUZ wenigstens teilweise zu den gesetzlichen Versicherungen hinzufügen
- i) Staat sollte Hilfe gewährleisten
- j) Die Rolle der zunehmend psychischen Erkrankungen – immer mehr Druck auf Arbeitnehmer

5. Demographische Alterung – Ein Problem für die deutsche Wirtschaft?

- a) Druck auf junge Leute verstärkt sich – Ansprüche der älteren Generation vermehren sich
- b) Lehrstellenabbau notwendig – Fachkräfte aus dem Ausland werden benötigt
- c) Wirtschaft/Hochschulen müssen Problem aktiv angehen
- d) Ältere Erwerbstätige als Chance sehen
- e) Förderung besonders mitarbeiter- und altenfreundlicher Unternehmen durch die Landesregierung
- f) Zu wenig Pflegepersonal? – Harte Arbeit / schlechte Bezahlung
- g) Bessere Bezahlung von Familien mit Kindern? – Erhöhung des Kindergeldes / Bessere Gegebenheiten für Vaterschafts-/ Mutterschaftsurlaub
- h) Verbindung mit europäischen Partnern eingehen – Azubiaustausch?

TITEL DES DENKRAUMS

„Unsere Energie der Zukunft“

LEITFRAGEN DES DENKRAUMS

Unsere Energie der Zukunft

- Wie decken wir unseren Energiebedarf?
- Woher kommt künftig der Strom für Dein Elektro-Bike?
- Willst Du mitreden, wenn ein neues Kraftwerk oder eine neue Trasse für Leitungen gebaut wird?

Nach der Atomkatastrophe in Japan hat Deutschland endgültig beschlossen, aus der Atomenergie auszusteigen. Schon vorher wussten wir, dass wir aus Klimaschutzgründen verstärkt die erneuerbaren Energien nutzen müssen. Jetzt gilt es die Energiewende deutlich zu beschleunigen, damit wir einerseits in Zukunft weniger Energie verbrauchen und andererseits sicherstellen, dass wir zu einer umwelt- und klimaverträglichen aber auch bezahlbaren Energieversorgung für Wirtschaft und Bürger kommen.

Das erfordert große Anstrengungen: Von der Politik, die die Weichen so stellen muss, damit wir alle in die gleiche Richtung fahren. Von der Wirtschaft, die viel Geld in neue Technologien und Stromnetze investieren muss. Und nicht zuletzt von uns allen, denn wir alle verbrauchen Energie. Und sicherlich willst Du mitreden, wenn in Deiner Nachbarschaft ein Windrad, ein Kraftwerk oder eine neue Stromleitung gebaut wird.

Daraus ergeben sich viele Fragen, von denen hier nur einige formuliert werden:

- Wie produzieren wir künftig unsere Energie? Kann man, solange die erneuerbaren Energien noch nicht ausreichen, gegen neue Kohlekraftwerke sein?
- Wer entscheidet, wo für die Energieversorgung der Zukunft welche neue Infrastruktur entsteht? Wie stellen wir sicher, dass alle Betroffenen mitreden können, und dass wir zugleich schnell genug vorankommen?
- Ist die Energiewende nur Belastung oder auch Chance, z.B. für ganz neue berufliche Perspektiven für junge Menschen?
- Sollten Stromkonzerne verstaatlicht werden, um die Energiewende zu beschleunigen?

- Was kann jeder Einzelne von uns tun, um den Energieverbrauch zu reduzieren? Müssen wir dazu radikal unsere Lebensweise ändern? Welchen Beitrag können technologische Innovationen leisten?

FACHLEUTE DES DENKRAUMS AM 21. AUGUST

- **Garrelt Duin**, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen
- **Johannes Remmel**, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
- **Sven Becker**, Geschäftsführer der Trianel GmbH
- **Prof. Manfred Fischedick**, Vizepräsident und Forschungsgruppenleiter Zukünftige Energie- und Mobilitätsstrukturen, Wuppertal Institut

SPRECHER, MODERATOR UND COMMUNITY-MANAGER

- **Moderatorin:** Annette Becker
- **Community-Manager:** Sascha Bäumer
- **Sprecherin/Sprecher:** Natalie Laumann, Dustin Nilsson

VORBEMERKUNG DER SPRECHER

300 Jugendliche im Alter zwischen 16 und 23 Jahren haben in mehreren Wochen auf einer Internet Plattform und schließlich auf der #JUKON12 mit Hilfe von Experten aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft im Denkraum „Unsere Energie der Zukunft“ die Inhalte dieses Berichts erarbeitet.

Er handelt, grob gesagt, davon, wie wir es technisch und politisch schaffen können, nachhaltig auf unserem Planeten zu leben, damit auch zukünftige Generationen – und damit ist die gesamte Bevölkerung gemeint – denselben Wohlstand genießen können, wie die westliche Welt heute.

Dabei spielt für uns einmal die Wissenschaft mit ihren technischen Neuerungen, die zur Nachhaltigkeit bestimmt sind, eine Rolle, denn im 21. Jahrhundert beschäftigen uns anthropologische Probleme wie der Klimawandel, die Desertifikation, die Ernährung aller Menschen, die Zerstörung der Biodiversität, der Wasserqualität und des Bodens, und die konkrete politische Umsetzung.

Jeder ist gefragt und gefordert: alle Länder mit ihrer Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und jeder einzelne Weltbürger.

ABSCHLUSSBERICHT DER SPRECHER

1. Energieformen der Zukunft

Für uns ist die Energieform der Zukunft nachhaltig, ethisch und moralisch vertretbar, vorwiegend dezentral, Umwelt und Klima entlastend, sozial und Natur verträglich. Infrage kommen daher zur Zeit Solarenergie, Windkraft, Geothermie und Wasserkraft. Aufgabe der Politik ist es, diese Energiequellen auf unsere oben genannten Forderungen zu prüfen und sie dann weiter zu unterstützen. Außerdem darf Öko-Strom nicht ewig subventioniert werden. Wir müssen dahin gelangen, dass er ökonomisch wird. Wir sind in der Hinsicht aber optimistisch, dass dies auf lange Sicht umsetzbar sein wird.

a) Kohle- und Gaskraftwerke

Diese sehen wir als Brückentechnologie an. Dabei soll die Politik Hand in Hand mit der Wissenschaft zum Wohl des Klimas entscheiden, wie weit es sinnvoll ist, neue Kraftwerke zu bauen bzw. alte aufzurüsten. Fest steht, wir müssen so schnell wie möglich 100% erneuerbare Energien nutzen und von fossilen Energiequellen wegkommen.

b) Atomstrom

Der Atomausstieg war zu spät. Spätestens nach Tschernobyl hätten wir vom Atomstrom wegkommen müssen. Aber der Ausstieg ist schlecht geplant und der Ausstieg aus dem Ausstieg sorgt für Misstrauen in die Bevölkerung. Dennoch sind wir der Meinung, dass der jetzige Ausstiegstermin beibehalten werden soll und das wir jetzt einfach viel mehr tun müssen in Richtung Ausbau erneuerbarer Energien, damit die Wende „Weg vom Atomstrom“ reibungslos vonstattengehen kann. Wir sind aber nicht unbedingt für alle Zeit gegen Atomenergie. Sollte es die Forschung schaffen, Atomstrom wirtschaftlich zu gestalten, dann könnten AKWs einen Teil zur klimafreundlichen Energieerzeugung beitragen. Wobei „wirtschaftlich“ in diesem Fall bedeutet, dass er konkurrenzfähig ist mit anderen Energiequellen, wenn man die Kosten für eine Versicherung, die auch einen Super-GAU mit einschließt, und für die Endlagerung in den Strompreis mit einfließen lässt. Das bedeutet, dass die Forschung AKWs zu erst einmal 100% sicher machen muss und zweitens, dass die Endlagerung, z. B. durch eine längere Brenndauer einen kleineren Zeitraum umfasst.

Eine Alternative zur Kernenergie stellt vielleicht die Kernfusion dar. In

diese Richtung sollte man eventuell weiter forschen, da Sie, sollte sie funktionieren, sicher ist und weniger radioaktiven Müll mit einer geringeren Halbwertszeit produziert.

Mit dem Abschalten der AKWs in Deutschland ist es aber noch nicht getan. Überall auf der Welt gibt es weitere Reaktoren. Diese müssen selbstverständlich auch schnellstens runter gefahren werden. Hier ist vonseiten der deutschen Politik Überzeugungsarbeit gefragt. Auch sollte man diesen Ländern gute Alternativen bieten. Vor allem Entwicklungs- und Schwellenländern muss man unter die Arme greifen, sodass sie gar nicht erst mit dieser Energiegewinnung anfangen.

c) Fracking

Wir, der Denkraum „Unsere Energie der Zukunft“, sind geschlossen gegen Fracking mit Chemikalien. Zum einen wird das Grundwasser durch diese Abbaumethode verseucht und Menschenleben gefährdet (s. USA), zum anderen wollen wir von fossilen Brennstoffen im Hinblick auf den Klimaschutz wegkommen. Auch scheint uns die Fracking-Industrie zu intransparent zu sein. Sollte es irgendwann eine Möglichkeit geben, Fracking ohne den Einsatz von giftigen Chemikalien zu betreiben, sollte man die Risiken erneut prüfen.

d) Tank oder Teller?

Wir waren alle einer Meinung, dass Lebensmittel bzw. Produkte (z. B. Raps), die die Lebensmittelpreise beeinflussen, nicht zur Energiegewinnung genutzt werden dürfen. Es mag sein, dass uns die Erhöhung der Nahrungspreise nicht wirklich betrifft, aber in anderen Ländern ist sie essenziell. Aber wir sprechen uns nicht absolut gegen Biomasse zur Energiegewinnung aus. So kann die Spreu von diversen Getreidesorten durchaus zur Energiegewinnung verwendet werden. Auch dürfen weggeworfene Lebensmittel nicht einfach verbrannt werden. Eher sollten wir uns gegen die Wegwerfgesellschaft starkmachen, da diese die Lebensmittel bei den Ärmsten der Ärmsten unnötig verteuert und sie für sie unbezahlbar macht. Ein weiterer Punkt, der gegen Biomasse im großen Stil spricht, ist der, dass z.B. Raps nicht effizient genug ist. So würde die gesamte Fläche Frankreichs nicht zum Rapsanbau reichen, der benötigt würde, um alle französischen Autos mit Biotreibstoff fahren zu lassen.

e) Geothermie

Wir halten Erdwärme für eine gute erneuerbare Energiequelle. Sie ist zentral sowie dezentral einsetzbar. Auch ist sie unabhängig von Sonne und Wind verfügbar. Ob und inwieweit Geothermie in Deutschland effizient eingesetzt werden kann und ob es nennenswerte Bodenabsenkungen gibt, sollte weiter geprüft werden.

2. Verfügbarkeit von Energie

a) Netzausbau

Wir setzen uns für ein europaweites Stromnetz ein. Alle kommunalen Stromnetze sollen miteinander verbunden werden. Damit soll die Versorgungssicherheit mit Strom jederzeit gewährleistet sein, da erneuerbare Energien in der Stromerzeugung stark schwanken. Als Beispiel: So würde England seine stromintensive Industrie trotz bewölktem Himmel und Windflaute aufrecht erhalten können, da es dann Strom aus der Wasserkraft Norwegens bezieht.

Für eine Teillösung halten wir den Netzausbau, damit Energie immer dort sein kann, wo sie gerade gebraucht wird und den Umbau zum Smart Grid, damit z.B. Waschmaschinen, Geschirrspülmaschinen und Trockner dann laufen können, wenn die Netzauslastung gering ist und nicht zu Spitzenlastzeiten. Die Endverbraucher sollen durch günstigere Strompreise bei geringer Netzauslastung belohnt werden (Smart Metering).

Außerdem waren wir der Ansicht, dass man sich generell mehr Gedanken über das Strommarktdesign machen sollte. So müssen starke Schultern die Energiewende mehr tragen als die Armen.

b) Speicherung von erneuerbaren Energien

Da erneuerbare Energien nicht konstant die gleiche Menge an Energie erzeugen, sondern der Witterung entsprechend, muss neben dem Netzausbau mehr in Speichertechnologien investiert werden. Diese sind unserer Meinung nach Pumpspeicherkraftwerke (auch Untertage und auf Halden), Wärmespeicher, Druckluftspeicher, chemische Speicher (H₂, CH₄ bzw. Power to Gas) und Akkumulatoren. Außerdem sollten Blockheizkraftwerke gefördert werden. Sie sind dezentral im Haushalt und zentral z.B. bei einer Müllverbrennungsanlage einsetzbar. Daher ist auch Müll eine Art von Energiespeicher, der gezielt bei Spitzenlasten verwendet werden kann. Natürlich sollte es dennoch unser Ziel sein soviel wie möglich zu recyceln. Das Ziel sollte sein, das „cradle to cradle-Prinzip“ zu verwirklichen, das

heißt, Produkte sollen so konzipiert werden, das sie nie zu Abfall werden, sondern immer wieder verwertet werden können.

Eine Idee war nicht mehr gebrauchte Akkumulatoren kurzfristig als Energiespeicher zu recyceln.

Auch müssen die Energieverluste bei der Umwandlung minimiert werden. Hier könnte uns auch die Biomimetik helfen. So kann der menschliche Körper sehr gut chemische Energie in Bewegungsenergie umwandeln, ohne viel Verlust zu haben. Man sieht an dem Beispiel mal wieder, wie alles miteinander verbunden ist.

3. Nachhaltigkeit, Umwelt, endliche Ressourcen und Sonstiges

a) Andere Treibhausgase

Es ist immer die Rede von Kohlenstoffdioxidemissionen, wenn man über den Klimawandel und die Ozonschicht spricht. Dass es aber auch noch weitere schädliche Klimagase gibt – oft sogar noch schädlicher als Kohlenstoffdioxid- ist noch nicht richtig im Bewusstsein der Menschen angekommen. Die Rede ist z.B. von Schwefelhexafluorid (SF₆) oder auch von Stickoxiden. Auch diese Gase dürfen nicht mehr in die Luft freigesetzt werden. Hier ist die Politik gefragt: Sie muss die Unternehmen dazu zwingen, diese Gase nicht mehr in die Umwelt zu bringen. Dabei ist den Unternehmen freigestellt, ob sie ihren Produktionsprozess verändern, indem sie z.B. Ersatzstoffe verwenden – solche gibt es schon bei SF₆, sie müssen nur eingesetzt werden - oder ob sie Filter verwenden möchten.

b) Ressourcenschonendes Verhalten

Die Politik soll Anreize schaffen hin zu einem Ressourcen schonenden Verhalten, denn allein an die Moral der Verbraucher und anderer Länder zu appellieren wird nicht ausreichen: Subventionen und Sanktionen sowie Strafen müssen her.

Auch muss noch viel Aufklärungsarbeit geleistet werden, denn vielen ist nicht klar, was jeder Einzelne erreichen kann. Sinnvoll wäre es deshalb beispielsweise über die Massenmedien Energiespartipps an die Verbraucher weiterzugeben und auf speziell entwickelte Broschüren zu diesem Thema hinzuweisen. Speziell auf den Rebound-Effekt sollte geachtet werden. Hier müssen alle Ressourcen nicht nur effizient sondern auch effektiv genutzt werden. Ein weiteres Schlagwort ist die Ressourcenproduktivität.

Wenn es uns möglich war, die Arbeitsproduktivität in den letzten 200 Jahren zu verzweifachfachen, dann sollte das auch mit der Ressourcenproduktivität gehen. Auch die Wirtschaft muss in die Pflicht genommen werden; z.B. in Form von Energieberichten (Ressourcenbilanzen, ökologische Buchführung, die die Firmen jährlich erstellen und die Quellen ihres Energieverbrauchs aufzeigen und ihre Quantität. Carbon Leakage muss dabei berücksichtigt werden.

Weiter muss schon in frühen Jahren Interesse geweckt werden bei den Kindern – die unsere Zukunft sind – für diese Fragen. Daher waren wir einer Meinung, dass Themen wie Nachhaltigkeit in die einzelnen Schulfächer integriert werden müssen. Vorher muss aber Platz in den Lehrplänen geschaffen werden. G8 ist dabei leider ein Hindernis.

c) **Stand-by-Funktion**

Wir sprechen uns für ein Verbot der Stand-by-Funktion an elektronischen Geräten aus, bei denen es durch dieses Verbot keinen Wohlstandsverlust gibt. So ist dieses Verbot gut bei Fernsehern anzuwenden, bei Handys wiederum nicht, da es dort den Verbraucher nur unnötig Zeit kostet. Die Einhaltung der 1-Watt-Verordnung soll kontrolliert werden.

d) **Plastik**

Plastik besteht aus einer endlichen Ressource. Daher müssen wir Plastik einsparen und ersetzen. Erste Ansätze wären ein Plastiktütenverbot oder eine höhere Gebühr für die Abgabe von Plastiktüten als erster Schritt. Auch müssen Güter nicht zweifach mit Plastik eingepackt werden. Auch sollte nur der Inhalt verpackt werden und nicht noch zusätzliche Luft. So wieso ist es fraglich, ob es gesund ist, Lebensmittel in Plastik zu verpacken. Insgesamt sollte mehr darauf geachtet werden, wo man Plastik einsparen kann. Weiter gibt es schon heute Stoffe, die dieselben Materialeigenschaften besitzen wie Plastik, aber aus nachwachsenden Rohstoffen wie Holz oder Mais bestehen. Diese sollten gefördert werden.

e) **Verkehr**

Um sich die leidige Parkplatzsuche in der Innenstadt zu ersparen und nebenbei Treibhausgasemissionen einzusparen, wäre es sinnvoll öffentliche Verkehrsmittel statt des Autos zu benutzen. Leider lässt die Qualität des ÖPNV, besonders in ländlichen Gegenden, oft zu wünschen übrig, deswegen fordern wir eine Verbesserung des ÖPNV durch einen Ausbau des Strecken- und Schienennetzes, einen verbesserten Informationsfluss über

mögliche Verbindungen und eventuelle Verspätungen und Alternativen für die Nutzer. Falls die Nutzung des ÖPNV nicht oder nur teilweise möglich ist, sollte man auf Carsharing, Fahrgemeinschaften oder das Fahrrad setzen. Um Fahrradfahren attraktiver zu gestalten, sollte es mehr und bessere Radwege geben oder kostengünstiger: Bürgersteige für Radfahrer freigeben. Außerdem sollten Bahnhöfe und Bushaltestellen über möglichst überdachte Abstellmöglichkeiten für Fahrräder verfügen, sodass das Fahrrad nicht an irgendeine Laterne gekettet werden muss. Der ÖPNV muss mehr mit anderen Verkehrsmitteln vernetzt werden! Hand in Hand mit dem Ausbau des ÖPNV könnte man auch das Auto unattraktiv machen z.B. durch eine höhere progressive KFZ-Steuer und höhere Parkpreise. Dies dürfte aber erst nach oder direkt mit der Verbesserung des ÖPNV geschehen.

f) Elektromobilität

Größtenteils war die Meinung der Community, dass die heutigen Elektrofahrzeuge noch nicht für den Alltagsgebrauch geeignet sind. Zudem wurde angemerkt, dass Elektroautos nur dann als nachhaltig gelten können, wenn der Strom hierzu aus erneuerbaren Quellen stammt. Um Elektroautos alltagstauglicher zu machen, muss noch viel Forschung für bessere und ökologisch verträglichere Akkumulatoren betrieben werden. Momentan sollte eher auf die oben genannten Möglichkeiten zur Fortbewegung zurückgegriffen werden. Die Idee von Elektrotankstellen, die leere Akkus entgegennehmen und man dafür einen Vollen bekommt, gegen Bezahlung des Stroms, fanden wir gut.

g) Biodiversität

Die Biodiversität muss geschützt werden, nicht nur auf nationaler, sondern auch auf internationaler Ebene. Es muss vermehrt internationale Anstrengungen geben, denn vieles, was einmal zerstört wurde, geht unwiderruflich verloren, obwohl es der Menschheit noch einen großen Nutzen erbringen könnte (Bionik). Die Flächennutzung bzw. der Flächenverbrauch sollte eingeschränkt werden.

h) Ozonschicht

Diese muss weiter geschützt werden, da die Ersatzstoffe z.B. für FCKW auch zum Teil schädlich sind, es Umsetzungsprobleme gibt in Nicht-Vertragsstaaten und diese noch durch Ankauf ihrer Exporte gefördert werden; eine Art von Outsourcing FCKW produzierender Industrie.

i) **CO2-Senken erhöhen**

Auf der einen Seite müssen CO₂-Quellen gesenkt werden, auf der anderen Seite müssen aber CO₂-Senken geschützt und erweitert werden. Hier ist zum einen der Wald zu nennen. Auf der ganzen Welt muss dieser erhalten bleiben und die Teile, die schon gerodet wurden, müssen aufgeforstet werden. Auch NGOs zu diesem Thema sollten gefördert werden. Bsp.: „Plant for the Planet“. Zum anderen muss das Phytoplankton der Meere erhalten bleiben. An dieser Stelle erkennt man sehr deutlich, wie alle Probleme miteinander zusammenhängen und wie eins das andere beeinflusst: 1. So ist der Wald zum einen ein Mitstreiter gegen den Klimawandel und zum anderen eine Heimat von Artenvielfalt (Biodiversität). 2. Das Phytoplankton stirbt zum Beispiel ab, sollte die CO₂-Konzentration noch steigen und die Meere sich noch mehr erwärmen. Dabei ist das Phytoplankton noch Lebensgrundlage einer großen Artenvielfalt unter Wasser.

j) **Wegwerfgesellschaft**

Zu einer grünen und nachhaltigen Welt gehört es dazu, dass nicht immer alles so schnell kaputt geht, nur weil es das BIP (BSP) erhöht. Daher müssen Geräte wieder so lange halten wie damals. Auch sollten wir uns die Frage stellen, was Wohlstand bedeutet. So kann man Wirtschaftswachstum sicherlich nicht mit Wohlstand gleichsetzen. Dies ist aber immer noch die allgemeine Lehrmeinung in der BRD und bei der jetzigen Bundesregierung. Beispiel: Eine Ölbohrinselkatastrophe in der Nordsee würde das BIP erhöhen, aber der Wohlstand würde sinken, weil zum Wohlstand viel mehr gehört, so auch das allgemeine Wohlbefinden in der Bevölkerung. So wachsen auch die Wirtschaft und das Niveau des BIP mit dem Volumen des CO₂ in der Atmosphäre, der Wohlstand aber nicht.

k) **Desertifikation**

Diese muss gestoppt werden. Hier spielt einmal der Klimawandel eine Rolle, Monokulturen und intensive Bodenausnutzung sowie die Entwaldung und Verschwendung des Wassers. - Wieder einmal zeigen sich hier die vielen Verknüpfungen der gesamten Probleme – Hier müssen Lösungsansätze her. Unsere Vorschläge wären bei der Problematik mit Wasser bzw. Trinkwasser: Urwälder schützen, Wasser effizienter verwenden (integrierte Wasserkreisläufe), neue Wasserquellen (Trinkwassergewinnung aus Meerwasser) und die Übernutzung von Wasserquellen verhindern (Aralsee); außerdem sollte mehr auf den Import von wasserintensiven

Produkten aus wasserarmen Ländern in wasserreiche Länder geachtet werden (virtuelles Wasser).

4. Umsetzung

Die Klimapolitik ist mit einer Fahrt auf der Titanic zu vergleichen. Die Weltbevölkerung sitzt auf der Titanic und steuert ihrem Untergang entgegen. Der Eisberg ist die totale Klimakatastrophe, die aber unterschätzt wird, sowie der Eisberg unterschätzt wird, da nur zehn Prozent seines Volumens aus dem Wasser schauen. Der Grund dafür ist der fehlende Ursache-Wirkungszusammenhang. Beim Thema FCKW war der klar erkennbar. Aber beim Thema Klimawandel gibt es immer noch Menschen, die glauben, dass die Erwärmung der Erde natürlichen Ursprungs ist oder dass der Klimawandel eine freie Erfindung ist, um die Strompreise anzuhoben.

Das zweite, was wir von der Titanic lernen können, ist, dass es viel leichter ist, wenn man früh beginnt, dem Eisberg und somit der Klimakatastrophe auszuweichen, als wenn man direkt davor steht, da man nun viel weiter einschlagen muss. Umso später wir anfangen den Klimawandel zu stoppen, umso teurer wird die ganze Sache und umso mehr müssen wir machen. Deutschland könnte das noch schaffen im Hinblick auf Kosten und Entschlossenheit, aber alle anderen Länder wohl eher nicht. Daher ist es essentiell, dass wir spätestens jetzt dem Klimawandel konsequent entgegen treten. Es darf keine Zeit mehr verschwendet werden, da Zeit unsere knappste Ressource ist. – Beispiel für Zeitverschwendung: Klimarahmenkonvention in Rio 1992, erst fünf Jahre später kam dann das dazugehörige Protokoll (Kyoto 1997) – daher unsere Forderungen:

a) Akzeptanz

Bürger müssen zum Thema Energiewende informiert bzw. aufgeklärt werden. Wenn es z.B. um eine überirdische Stromtrasse geht oder auch um ein Pumpspeicherkraftwerk direkt vor der eigenen Haustür. Daher schlagen wir eine frühzeitige Einbeziehung der Bürger vor Ort vor, in denen diese ihre Wünsche bezüglich des Projektes äußern können. Dies könnte beispielsweise in Form von Bürgerforen geschehen, in denen die Bürger sich über den geplanten Bau informieren können. Zudem kann man Anwohner mit einbeziehen, indem sie Besitzpapiere für die neuen Kraftwerke erwerben können, die dann später Rendite abwerfen.

b) Weltumweltpolitik

Entwicklungs- und Schwellenländer, die einen Großteil unserer Weltbevölkerung ausmachen, haben eine wachsende Bevölkerung, die gleichzeitig immer mehr konsumiert. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis diese Länder unseren Lebensstandard erreicht haben.

Dies bedeutet aber, dass sie auch genau so viel Energie und Ressourcen benötigen wie wir, wenn wir nichts tun. Deswegen muss Entwicklungshilfe des 21. Jahrhunderts so aussehen, dass wir sie primär auf erneuerbare Energien, nachwachsende Rohstoffe, Trinkwassergewinnung und effiziente Flächennutzung (z.B. bei der Landwirtschaft und beim Wohnen) konzentrieren. Allgemein waren unsere bisherigen Anstrengungen noch zu gering. Diese müssen schnellstens intensiviert werden. Dabei ist es wichtig, dass alle Industrieländer mitziehen. Deutschland sollte dabei die Rolle eines Vorreiterstaates übernehmen, um andere Länder zu überzeugen. Auch muss darauf geachtet werden, dass die ausländische Wirtschaft unter dem Deckmantel der erneuerbaren Energien die Entwicklungsländer nicht ausbeutet. Weiter muss darauf geachtet werden, dass die Entwicklungshilfe auf die jeweiligen Länder angepasst ist. Denn was hier funktioniert, muss nicht unabdingbar auch in anderen Ländern klappen.

Die Welt benötigt eine internationale Plattform, auf der Wissen und Technologien zu Themen wie Klima, Biodiversität, etc. gesammelt werden und von jedem verwendet werden kann. (s. Clearing House Mechanismus) Probleme, wie der Klimawandel oder die Zerstörung der Urwälder, sind Probleme, die uns alle betreffen und wo wir gemeinsam globale Lösungen zu finden müssen. Wir können uns dabei Patentrechte an Technologien, die diese Probleme zu lösen vermögen, und Patente, die die Hungersnot verschärfen, nicht leisten. Daher ist es uns wichtig, dass jeder den Zugang zu dem Wissen, das diese Themen betrifft, erhält, vor allem aber auch den Entwicklungsländern, da diese sich keine Forschung leisten können. Und dennoch werden sie einen großen Einfluss auf unser aller zukünftiges Leben auf der Erde haben.

Ein weiteres Ziel muss die Errichtung einer stabilen und globalen Umwelt-Institution sein, die von allen anerkannt wird, die flexible Instrumente wie Sanktionen und Subventionen besitzt, eine erweiterbare globale Zielbestimmung verfolgt und ein ständiges und dynamisches Sekretariat besitzt. Hierfür ist ein gutes Beispiel die Bekämpfung von FCKW.

Eine sehr gute Idee wären auch Emissionszertifikate. Unsere Politik sollte diese Idee populär auf der Weltebene machen.

Nebenbei ist noch zu erwähnen, dass die Energiewende gerecht zwischen den Ländern ablaufen muss. Wir können keinem Land den unsrigen Lebensstandard/Wohlstand verwehren, nur weil das der Super-Gau für das Klima bedeuten würde. Daher müssen wir es schaffen, dass die Entwicklungs- und Schwellenländer die Kuznet-Kurve durchstechen.

c) **Forschung**

Es muss viel mehr Geld in die Forschung, insbesondere auch in die Ausbildung der zukünftigen Wissenschaftler, fließen, um die hier genannten Ziele schnellst möglich zu realisieren. Dabei müssen Unternehmen, die bis jetzt von der Umweltzerstörung profitiert haben, mit in die Verantwortung genommen, damit sie mehr für die Forschung tun.

d) **Aufgabe der Politik**

Um die Probleme des 21. Jahrhunderts zu lösen, reicht es nicht aus, nur bis zur nächsten Legislaturperiode zu planen. Langfristiges Handeln und Denken sind hier gefragt. Auch muss dies parteienübergreifend geschehen. Die Politik muss langfristig die nötigen Rahmenbedingungen schaffen, um die Energiewende zu einem Erfolgsmodell zu machen.

e) **Förderung**

Wir sind der Meinung, dass die Energiewende nur gelingen kann, wenn die Lösung nicht nur zentral, sondern auch dezentral erfolgt, deswegen fordern wir die Förderung von kommunalen Energieprojekten, was z.B. in Kooperation mit den Stadtwerken geschehen könnte. Daher ist ein Lösungsansatz die Mehrebenenpolitik: die weltweite Planung und Zielsetzung, die dann kommunal umgesetzt wird.

Weiter müssen schon bestehende Organisationen gestärkt und finanziell unterstützt werden. Zu nennen wäre hier: IUCN, UNEP, GEF, IPCC und MOF.

TITEL DES DENKRAUMS

„Freiheit und Eigentum im Internet: Alles gratis und zwar für alle – geht das?“

LEITFRAGEN DES DENKRAUMS

Freiheit und Eigentum im Internet

- Alles gratis und zwar für alle – geht das?
- Wem gehören in der digitalen Zukunft Deine Ideen?
- Stell Dir vor, Du wirst Journalist, Musiker oder Filmer: Wovon wirst Du leben, wenn es im Netz alles gratis gibt?

Einer der Grundpfeiler unserer Wirtschaftsordnung war und ist das Urheberrecht bzw. die Idee vom geistigen Eigentum. Diese Idee beinhaltet kurz gesagt, dass eine Idee oder ein Werk, das Du geschaffen hast, auch Dir gehört und auch finanziell verwertet werden kann, wenn Du das möchtest. Auf dieser Grundidee basiert unsere Wirtschaftsordnung deshalb, weil viele Ideen oder Werke andernfalls gar nicht erst entwickelt bzw. produziert würden. Wie kann ein Musiker Musik machen, geschweige denn davon leben, wenn er für seine Songs nicht bezahlt wird? Das gleiche gilt für Filmemacher, Journalisten oder auch die Programmierer von Software wie Apps für das Smartphone.

Klar ist: Das Internet und die Digitalisierung von Inhalten verändern die Spielregeln. Deshalb gibt es längst nicht nur bei den Piraten viele Menschen, die meinen, dass das Urheberrecht neu erfunden, zumindest aber angepasst werden muss.

Daraus ergeben sich viele Fragen, von denen hier nur einige formuliert werden können:

- Wem gehört eigentlich eine Idee (für einen Song, für einen Film, für ein Buch etc.), die ich habe? Mir oder allen? Die bestehenden Regeln sind auf die “analoge” Welt zugeschnitten, aber sind diese in der digitalen Welt noch zeitgemäß?
- Schadet oder nutzt es dem Musiker, wenn ich seinen Song herunterlade und an Freunde weiterleite? Er bekommt dadurch vielleicht kein Geld, aber letztlich wird er dadurch doch erst bekannt, oder?

- Ist die Idee vom geistigen Eigentum im weltumspannenden Internet überhaupt durchsetzbar? Oder droht da ein neuer Kontrollwahn, der die Freiheit des Internets zu sehr beschneidet?

FACHLEUTE DES DENKRAUMS AM 21. AUGUST

- **Thomas Kutschaty**, Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen
- **Dr. Marc Jan Eumann**, Staatssekretär bei der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen
- **Falk Lüke**, Journalist und Mitgründer der Digitalen Gesellschaft e.V.
- **Dr. Martin Kessen**, Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesverfassungsgericht, bis vor Kurzem Richter am Oberlandesgericht Köln, Spezialist für Urheberrecht

SPRECHER, MODERATOR UND COMMUNITY-MANAGER

- **Moderatorin:** Anne Schulz
- **Community-Manager:** Nora Burgard
- **Sprecher:** Dominic Gohla, Tim Odendahl

VORBEMERKUNG DER SPRECHER

Alles gratis und zwar für alle – geht das? Wem gehören in der digitalen Zukunft Deine Ideen? Stell Dir vor, Du wirst Journalist, Musiker oder Filmer: Wovon wirst Du leben, wenn es im Netz alles gratis gibt?

Über diese Leitfragen haben wir in unserem Denkraum online wie auch offline, am 21. August in Essen, nachgedacht und diskutiert. Doch das muss nicht heißen, dass diese unsere Diskussionen eingegrenzt haben. Ob es die Frage über die Einführung der Netzneutralität oder die Situation des Medienpass NRW war, unsere Diskussion ging weiter. Gemeinsam mit Staatsminister Marc Jan Eumann, Justizminister Thomas Kutschaty, Falk Luecke und Dr. Martin Kessen gab es lebhafteste, faire Diskussionen.

ABSCHLUSSBERICHT DER SPRECHER

1.) Freiheit contra Regulierung im Internet

Wir fordern:

- Supranationale Abkommen – keine nationalstaatlichen Alleingänge im World Wide Web.
- Transparente und demokratisch legitimierte Entstehensprozesse.

Die anlasslose Vorratsdatenspeicherung stellt einen nicht verhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte jeder Bürgerin und jedes Bürgers dar, weshalb wir sie ablehnen! Eine ständige Beobachtung eines/r jeden Bundesbürgers/in (~80 Millionen) widerspricht dem Prinzip der Unschuldvermutung. Eine Ausnahme besteht bei richterlichen Anordnungen. Diese lehnen wir nicht ab.

2.) Datenschutz - Wem gehören Deine Daten?

Wir fordern:

- AGBs der meistgenutzten Websites (bspw. auf den Seiten des Verbraucherschutzministeriums) in einer “Übersetzung” in verständliche Sprache anbieten.
- Mit Privacy-by-default dem Nutzer das Recht zurückgeben zu entscheiden, wie weit er sich der Öffentlichkeit gegenüber öffnen möchte.
- Das Erarbeiten eines Medienpasses in Grundschulen, analog zum Seepferdchen oder Fahrradführerschein, als Teil des Unterrichts fest integrieren.

3. Neue Anforderungen an das Urheberrecht

Nach einer intensiven Diskussion konnte zwar kein grundsätzlicher Konsens zu diesem Thema erreicht werden, die TeilnehmerInnen des Denkraums einigten sich aber als kleinstem gemeinsamem Nenner auf die Forderung nach der **Einführung eines Fair-Use-Rechts zur Eindämmung der gegenwärtigen Abmahnindustrie**. Position der Gruppe zu diesem Thema im Denkraum war zudem, dass der Staat sich legislativ weitgehend zurückhalten sollte und es Aufgabe der Marktteilnehmer (Musikkonzerne, Verlage, etc.) sei, sich den neuen Gegebenheiten des

Marktes anzupassen und für den Nutzer attraktive neue Verwertungsmodelle zu schaffen. Hierzu genannt wurden in erster Linie Flatratemodelle (analog zu Spotify, Netflix, ...), Crowdfunding sowie Freemium-Modelle. Eine Kulturflatrate stieß auf überwiegende Ablehnung.

*Diese Ideen fanden in dieser Form allerdings **KEINE** Mehrheit und stellen somit nur Denkanstöße dar.*

4. Netzneutralität gesetzlich verankern? / Internet für alle

Konsens war die Forderung nach einer gesetzlichen Garantie der Netzneutralität, sowohl „zu Hause“ als auch im Mobilfunk.

IV. Zusammenfassung der Ergebnisse

DENKRAUM „GLEICHE CHANCEN FÜR ALLE“

- Für eine Gesellschaft einsetzen, in der jeder gleichrangig behandelt wird und die gleichen **Chancen** bekommt bzw. erreichen kann. Dazu:
 - das **dreigliedrige Schulsystem** abschaffen;
 - eine verpflichtende **Berufsberatung** für jeden Jugendlichen einführen;
 - in den Schulen mehr **Sozialarbeiter** einstellen;
 - **Bafög** und andere Formen der staatlichen Unterstützung verstärken;
 - **anonymisierten Bewerbungsverfahren** den Weg ebnen;
 - für eine **Reichensteuer** werben, deren Erträge Projekten für Chancengleichheit zugute kommen.
- Die gesellschaftliche **Verankerung und Vermittlung von Werten** wie Toleranz, Solidarität, gegenseitigen Respekt und Vorurteilsfreiheit vorantreiben. Dazu:
 - Mehr **Fortbildungsmöglichkeiten für Erzieherinnen/Erzieher** in Kitas;
 - **Eltern** bei der Vermittlung von positiven Werten unterstützen;
 - die Wertevermittlung im **Schulalltag** stärker verankern; mehr Aufklärung bei negativen Erscheinungen wie z.B. Rassismus und Rechtsextremismus;
 - Förderung des **gesellschaftlichen Austauschs zwischen Jugendlichen**, z.B. durch „gemischte“ Schulausflüge;
 - **Veranstaltungen zur Vorurteilsprävention** in staatlichen Institutionen wie Ämtern und Behörden.
- Mehr Zeit und Raum schaffen für Jugendliche, sich für die Vermittlung und das Erlernen gesellschaftlicher **Werte** einzusetzen und sich **ehrenamtlich** zu engagieren. Dazu:
 - **Orientierungsstunden** in der Schule einführen;
 - **Jugendangebote bzw. „Jugendräume“** fördern (insbesondere in „Problemgebieten“ bzw. „Problembezirken“);
 - für die Arbeit der **Jugendorganisationen** und freiwillig Engagierten werben und ihre Wertschätzung dadurch vergrößern, dass sie mehr Verantwortung bekommen.
- Einsatz für mehr **politischen Einfluss** von Kindern und Jugendlichen. Dazu:
 - die **Schülervertretungen** an den Schulen stärken;

- **Jugendparlamente** in den Städten und Gemeinden einrichten;
- eine **Institution auf Landesebene** schaffen, an die sich Jugendliche bzw. interessierte Mitbürger, Jugendorganisationen, Städte und Kommunen bei Fragen zu politischen Einflussmöglichkeiten von Jugendlichen wenden können und die auch als Interessenvertreter der Jugendlichen auftritt.

DENKRAUM „SCHULE DER ZUKUNFT“

- **Soziales Lernen** stärken. Dazu:
 - **gemeinsames soziales Lernen** von Schülern und Lehrern **an der Schule** fördern, z.B. anhand der Themen Integration, Inklusion und Toleranz;
 - in den Schulen mehr Raum schaffen für **ehrenamtliches Engagement** und **Arbeitsgemeinschaften**.
- Die **Qualität des Unterrichts** verbessern. Dazu:
 - Entzerrung der **Unterrichtsdichte** (G8);
 - mehr Praxisorientierung im **Lehramtsstudium**;
 - mehr **Fort- und Weiterbildung** für Lehrerinnen und Lehrer;
 - mehr **Anschaulichkeit** im Unterricht, z.B. durch Exkursionen (Unterricht an anderen Lernorten);
 - **Kooperationen** zwischen Schulen ausbauen.
- Die **Schule demokratisieren** und **mehr Politik in die Schule holen**. Dazu:
 - stärkere **Einbindung der Basis** in politische Prozesse;
 - stärkere Präsenz in bzw. Erreichbarkeit von Politikern für die Schule.
- Die **Identität der Schulen** im Sinne von Zusammengehörigkeitsgefühl stärken (keine Schuluniformen!).
- Die **föderalistischen Strukturen im Schulsystem** abschaffen, so dass mehr Mobilität möglich wird. Dazu:
 - Bundesbildungsministerium oder Kultusministerkonferenz sollen ein **einheitliches Bildungssystem** schaffen und insbesondere das **Kooperationsverbot** zwischen Bund und Ländern abschaffen.
 - **Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse** der Länder sicherstellen;
 - einheitlicher **Aufgabenpool** bei den Zentralabituren der Länder;
 - **Lehrpläne** angleichen.
- Verpflichtende Veranstaltungen bzw. Maßnahmen der **Berufsorientierung** in den Schulen einführen.

- Den Unterricht der „**weichen**“ **Fächer** überarbeiten bzw. verbessern. Dazu:
 - einen allgemeinen, konfessionsübergreifenden **Religionsunterrichts** einführen;
 - mehr „weiche“ Fächer auf **freiwillige Basis** stellen (z.B. Sport in der Oberstufe);
 - stärker die **Kreativität** fördern (z.B. die Fächer Musik und Kunst erhalten);
 - Noten im Fach **Sport** abschaffen.
- Die **Notengebung** transparenter und realitätsnäher ausgestalten.

DENKRAUM „DIE ARBEITSWELT VON MORGEN“

- Einführung eines **Mindestlohns** bzw. (branchen- oder regional-spezifischer) Mindestlöhne, damit die Menschen von ihrer Arbeit leben können, die Arbeitnehmer stärker motiviert und in ihrer Würde bestärkt werden und der Staat mit Blick auf die Alterssicherung entlastet wird (Vorreiterrolle des Öffentlichen Dienstes).
- Beibehaltung des bestehenden sozialen Sicherungssystems, aber Prüfung der Höhe der Sozialleistungen (Ablehnung eines bedingungslosen **Grundeinkommens**).
- Dafür sorgen, dass befristete Arbeitsverhältnisse regelmäßig nach einer gewissen Dauer in **unbefristete Arbeitsverhältnisse** umgewandelt werden, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser ihr Leben planen können.
- Klare Regeln zum Thema **Erreichbarkeit** von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in ihrer Freizeit schaffen.
- Maßnahmen zur **Sicherung des Fachkräfteangebots** ergreifen (bessere Integration älterer Arbeitnehmer; Vorreiterrolle Öffentlicher Dienst).
- Anreize für Unternehmen zur Einstellung sowie Übernahme von **Auszubildenden** schaffen.
- Bei Unternehmen für die Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung werben (Themen: Inklusion, Mindestlohn, Gesundheitsförderung, Einstellung und Übernahme von Auszubildenden; Vorreiterrolle Öffentlicher Dienst).
- **Gewerkschaften** und Arbeitnehmerinteressen (Betriebsräte, Personalräte) besser schützen.
- Die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** weiter fördern (z.B. Ausbau von Betreuungsplätzen, mehr Betriebskindergärten; wichtig: Wahlfreiheit der Eltern).
- Bei Arbeitgebern für die Einstellung von **Frauen** in Führungspositionen werben.

DENKRAUM „WISSEN SCHAFFT CHANCEN“

- Den **Austausch** zwischen Wissenschaftlern und Gesellschaft über aktuelle Forschungsthemen verbessern. Dazu:
 - die **Präsentation und Verständlichkeit von Forschungsergebnissen** verbessern;
 - mehr Werbung für Wissenschaft und Forschung in den **Schulen** machen;
 - mehr **Initiativen** wie den Ideenpark2012 unterstützen.
- Bei der **Zuteilung begrenzter Studienplätze** nicht allein auf den **Numerus Clausus** setzen, sondern die Kriterienbasis erweitern (Praktika, AGs, ehrenamtliches Engagement, Wettbewerbsteilnahmen etc.) und Auswahlinstrumente wie z.B. Auswahlgespräche, Essays und Eignungstests anwenden.
- Die Chancen, Risiken und ethischen Grenzen der **Gentechnik** sorgsam abwägen. Dazu:
 - nicht auf regionale oder nationale Standards setzen, sondern auf hohe **internationale Zulassungshürden**;
 - bei der **Präimplantationsdiagnostik** ethisch sensibel ausgleichen zwischen den Interessen des ungeborenen Lebens und der Eltern.
- Dafür sorgen, dass alle Ergebnisse von **öffentlich finanzierter Forschung** offen gelegt und für alle Bürgerinnen und Bürger bzw. Wissenschaftler kostenlos zugänglich sind (**Open Access**; Prüfung einer gesetzlichen Regelung nach US-amerikanischem Vorbild).
- Für ein modernes **Patentrecht** einsetzen, das hilft, Innovationen einerseits zu schützen und andererseits zu verbreiten (keine Sonderregelungen für einzelne Branchen wie etwa die IT-Branche).
- Klare Regeln für **Kooperationen zwischen Hochschulen und Unternehmen** schaffen, so dass einerseits ausreichend Forschungsmittel bereit stehen, andererseits aber auch die Unabhängigkeit der Forschung gewahrt wird. Dazu:
 - Verpflichtung, dass bei **Forschungsarbeiten** der Geldgeber kenntlich gemacht wird;
 - sorgfältig die **Praxisnähe** von Studiengängen evaluieren;
 - ein Teil der **Professoren** sollte zeitweilig in einem Unternehmen gearbeitet haben.
- Den **Wissenschaftsstandorts Deutschland** stärken. Dazu:
 - Verbesserung der Finanzierung der Hochschulen durch **Kooperationen** mit der Wirtschaft (siehe oben);
 - **Großprojekte** auf dem Wege europäischer Kooperation realisieren;

- bessere **Arbeitsverträge** für Angestellte an den Hochschulen.
- Die **Freiheit der Wissenschaft** auch bei der Auswahl der Forschungsthemen sicherstellen (Politik kann nur Rahmenbedingungen definieren; keine gesetzlichen Schranken, auch nicht in umstrittenen Bereichen wie der Gentechnik).
- Die allgemeine **Studiensituation** verbessern. Dazu:
 - die Marktfähigkeit von Bachelor-Abschlüssen verbessern;
 - die Fernuniversitäten weiterhin frei halten vom Numerus Clausus und sie zugleich öffnen für Nicht-Abiturienten.

DENKRAUM „BESSER ALT WERDEN“

- Mehr Aufklärung betreiben hinsichtlich **altenpolitischer Fragestellungen**.
- Mehr Aufklärung über und Werbung für die **beruflichen Chancen** und Perspektiven in den Pflegeberufen betreiben.
- Für **mehr Lebensqualität im Alter** sorgen und Maßnahmen gegen Altersarmut ergreifen. Dazu:
 - individuelle Selbstbestimmung auch im Alter sicherstellen;
 - bei allen Angeboten und Hilfen für ältere Menschen konsequent ihre **spezifischen Bedürfnisse** berücksichtigen;
 - **Allround-Konzepte** (Betreuungs-Mix) für ältere Menschen fortentwickeln (Kombination von Hilfen für die familiäre Pflege, professioneller Pflegehilfe und von Formen der generationenübergreifenden Unterstützung; ehrenamtliches Engagement erleichtern).
 - **Rentner-WGs** als Alternative zu Heimaufenthalten fördern.
 - Die Arbeit der **Hospize** stärken.
 - Die **Palliativmedizin** fördern.
 - Für bessere **Erwerbschancen älterer** Menschen sorgen.
 - Bei der **Rente** den Generationenvertrag überprüfen und weiterentwickeln.
- Mehr Aufklärung betreiben und klarere Regeln schaffen bei den Themen **Organspende** und **Patientenverfügung**. Dazu:
 - flächendeckende und alle Altersgruppen **übergreifende Information**, z.B. auch in der Schule;
 - **Ängste nehmen** (beim Thema Organspende z.B. durch Einführung eines Sechs-Augen-Prinzips statt des Vier-Augen-Prinzips, d.h. zwei Ärzte plus Person einer unabhängigen Kommission entscheiden, ob ein Organ entnommen werden kann oder nicht);

- beim Thema Organspende eine **Entscheidungspflicht** pro oder contra Organspendeausweis einführen.
- Das **Thema Tod** aus dem Tabubereich holen, z.B. durch stärkere Verankerung in den Lehrplänen der Schule.
- Mehr Aufklärung betreiben beim Thema **Sterbehilfe**.
- **Förderung** besonders **mitarbeiter- und altenfreundlicher Unternehmen** durch die Landesregierung.

DENKRAUM „UNSERE ENERGIE DER ZUKUNFT“

- Bessere **Information und Aufklärung** der Bürgerinnen und Bürger beim Thema Energiewende und stärkere **Beteiligung** vor Ort, wenn konkrete Projekte anstehen (z.B. im Rahmen von Bürgerforen).
- Schnellstmöglicher Umbau der Energieversorgung auf 100 Prozent **erneuerbare Energien**.
- **Kohle- und Gaskraftwerke** als Brückentechnologie betrachten.
- Am Zeitplan für den **Atomausstieg** festhalten.
- Dezentrale **kommunale Energieprojekte** fördern.
- Mehr Geld investieren in die **Erforschung** von erneuerbaren Energien, in die Ausbildung von Wissenschaftlern und in die Entwicklung neuer Technologien (z.B. Smart Grid, Smart Metering, Speicherung, Elektromobilität).
- Für den **Aufbau eines europäischen Stromnetzes** eintreten (Versorgungssicherheit).
- Im **Ausland** (insbesondere in den Entwicklungs- und Schwellenländern) **Überzeugungsarbeit** und **Hilfestellung** beim Herunterfahren von AKWs leisten und Alternativen bei der Energieerzeugung anbieten.
- **Fracking** verbieten (die Risiken aber neu prüfen, sobald es die Möglichkeit gibt, dies ohne Chemikalien zu betreiben).
- Unternehmen dazu zwingen, keine gefährlichen **Treibhausgase** wie z.B. Schwefelhexafluorid und Stickoxide mehr freizusetzen.
- Für eine **Entwicklungshilfe** eintreten, die sich primär auf erneuerbare Energien, nachwachsende Rohstoffe, Trinkwassergewinnung und effiziente Flächennutzung (z.B. bei der Landwirtschaft) konzentriert.
- Für eine **internationale Plattform** eintreten, auf der Wissen und Technologie zu Themen wie Klima, Biodiversität etc. gesammelt wird und von jedem verwendet werden kann.
- Dafür eintreten, dass **Lebensmittel** bzw. Produkte (Raps), die die Lebensmittelpreise beeinflussen, nicht zur **Energiegewinnung** genutzt werden dürfen.

- Anreize schaffen für **Ressourcen schonendes Verhalten** (Subventionen und Sanktionen; mehr Aufklärungsarbeit z.B. über die Massenmedien und in den Schulen).
- Dem Thema **Nachhaltigkeit im Schulunterricht** einen höheren Stellenwert verschaffen.
- **Stand-by-Funktionen** an elektronischen Geräten verbieten.
- Anreize schaffen für das **Einsparen und Ersetzen von Plastik**.
- Das **ÖPNV-Angebot** ausbauen, besser mit anderen Verkehrsmitteln vernetzen sowie das Informationsangebot zu Verbindungen und Fahrzeiten bzw. Verspätungen verbessern.
- Das Angebot an **Radwegen** ausbauen.

DENKRAUM „FREIHEIT UND EIGENTUM IM INTERNET“

- Bei Fragen der **Regulierung des Internets** nationale Alleingänge ablehnen und im Rahmen von transparenten und demokratisch legitimierten Entscheidungsprozessen für supranationale Abkommen eintreten.
- Keine anlasslose **Vorratsdatenspeicherung** (Ausnahme: richterliche Anordnung).
- Den **Schutz persönlicher Daten** stärken. Dazu:
 - die **AGBs** der meistgenutzten Websites in eine verständliche Sprache „übersetzen“ (und beispielsweise auf den Seiten des Verbraucherschutministeriums bereit stellen);
 - mit **Privacy-by-default** (*datenschutzfreundliche Grundeinstellung*) dem Nutzer das Recht zurückgeben, zu entscheiden, wie weit er sich der Öffentlichkeit gegenüber öffnen möchte;
 - in den Grundschulen die Erarbeitung eines **Medienpasses** fest integrieren (analog zum Seepferdchen oder dem Fahrradführerschein).
- Denkanstöße zum Thema **Urheberrecht** im Internet:
 - Einführung eines **Fair-Use-Rechts** zur Eindämmung der gegenwärtigen Abmahnindustrie, d.h. Nutzung von geschütztem Material zugestehen, sofern dies der öffentlichen Bildung und der Anregung geistiger Produktion dient.
 - **Legislative Zurückhaltung** des Staates (es ist Aufgabe der Marktteilnehmer wie z.B. Musikkonzerne, Verlage etc., sich den neuen Begebenheiten des Marktes anzupassen und für die Nutzer attraktive Verwertungsmodelle zu schaffen).

- Gesetzliche Garantie für **Netzneutralität**, d.h. *wertneutrale Datenübertragung*, „zu Hause“ und im Mobilfunk.

